

Bezugspreis: Vierteljahr 4,50 RM., monatlich 1,50 RM. ...

Vormärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. ...

Dienstag, den 13. August 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. ...

Englischer Flottenvorstoss zur deutschen Bucht

Seeflieger gegen Kriegsschiffe.

Sechs englische Schnellboote vernichtet.

Berlin, 12. August. Amtlich. Am 11. August vormittags ...

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 12. August. Reuters. Die Admiralität teilt mit: ...

Der englisch-französische Gegenschlag.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)

Westfront, 11. August. Genau an der kritischen ...

Uebersicht man die bisherige Entwicklung der Schlacht ...

die beiderseits des Lucebaches auf Royeres-Chaulnes ...

Andem die deutsche Linie so südlich der Römerrstraße ...

Am wichtigsten aber war für Haig der operative Druck ...

Am dritten Tage legte sich der operative Druck aus dem ...

Die ganze Front zwischen Albert und Rohon schwankt heute ...

Wenn sonst auch die Schlacht kaum definitiv zum Stehen ...

Feindeangriffe nördlich der Somme ge- scheitert ...

Berlin, 12. August 1918, abends. Amtlich.

Au der Schlachtfrent zwischen Amere und Abre ...

Amtlich. Großes Hauptquartier, 12. August 1918. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Meer und Amere scheiterten mehrfach ...

An der Schlachtfrent führte der Feind am frühen Morgen ...

Gestern wurden 17 feindliche Flugzeuge und 4 ...

Im Juli wurden an den deutschen Fronten 518 ...

Wir haben im Kampf 129 Flugzeuge und 63 ...

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Berlin, 11. August. Neue U-Boots-Erfolge im Mittel- ...

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Bericht.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Wien, 12. August. Amtlich wird verkündet: ...

Albanien.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

schwerer. Zahlreich sinken die Tanks, sowohl die kleinen ...

Dr. H. D. K. K. K., Kriegsberichterstatter.

v. Hinz im Hauptquartier.

Berlin, 12. August. Der Staatssekretär des Aus- ...

Thronbarrikaden gegen Völker- frieden.

Die Königsmache im Osten.

Mit Vollkraft wird jetzt im Osten überall an der Errich- ...

Zwei Strömungen treffen hier zusammen: eine deutsche, ...

Die sogenannte „Deutschfreundlichkeit“ des Aktivismus ...

Auf diesen schwankenden und trügerischen Grund sollen ...

Das deutsche Volk hat gar keine Lust, sich für dynasti- ...

Die neuen Throne, die im Osten errichtet werden sollen, ...

Gelingt es nicht, den Willen der Entente vollständig zu ...



deutsche Niederlage: eine Niederlage zwar nicht des deutschen Volkes, wohl aber der deutschen Macht, nach außen auf alle Fälle einen schweren Mißerfolg der deutschen Politik, den die Nachhaber mit Einsetzung deutschen Blutes zu verhindern bestrebt sein werden.

Die neuen Königreiche sind nur dann haltbar, wenn der Krieg mit der Herstellung einer militärischen Welt Herrschaft zu Deutschlands endet. Wer die russischen Handlungen zu Zügelungen deutscher Dynastien machen will, der muß auch folgerichtig die militärische Welt Herrschaft Deutschlands als sein Ziel anerkennen, denn ohne diese können die frisch gezimmerten Thronen keinen Tag über den Friedenschluß hinaus halten. Die Königsmache im Osten schlägt dem Verständigungsfrieden die Türe zu, sie stellt alles auf die militärische Entscheidung.

Die Politik der Königsmache kann falsch sein und ist nach unserer Überzeugung falsch, auch wenn der Krieg mit der vollständigen Niederwerfung der anglo-amerikanischen Macht und ihrer Verbündeten endet. Wenn aber die vollständige, restlose Niederwerfung nicht als eine mit mathematischer Gewißheit zu erwartende Tatsache voraus berechnet, vielmehr die Möglichkeit einer militärischen Rentierpartie vorgezogen wird, dann ist diese Politik ein Verbrechen. Die Verpflichtungen, die man den neuen Reichen gegenüber übernommen hat, werden dann ebenso viel Fesseln sein und ebenso viel Hindernisse für den Versuch, einen endlosen Krieg mit diplomatischen Mitteln abzukürzen. Wir können dann vielleicht noch jahrelang Krieg führen, nicht für die Erhaltung Deutschlands, sondern um die halben und zweideutigen, hinkenden und schielenden Eroberungen im Osten mit Gewalt aufrecht zu erhalten.

Die Frage kann nicht vermieden werden, ob die Lage im Westen eine solche Alles-oder-Nichts-Politik im Osten rechtfertigt. Niemand ist vor dem Tode glücklich zu preisen, und kein Krieg ist ganz gewonnen, noch ehe er zu Ende ist. Eine gewisse, ihrer Verantwortung vor dem Volke bewusste Politik wird sich nicht alle Auswege künstlich verammeln und nur den einen der absoluten militärischen Machtentscheidung offen halten. Darum fordert das Interesse des deutschen Volkes gebieterisch, daß im Osten nicht an die Stelle stehender Verhältnisse, die noch durch diplomatische Verhandlungen beeinflusst werden können, erkünstelte harre Gebilde gesetzt werden, die nur Gewalt erhalten, nur Gewalt zerschlagen kann.

Zum selben Kapitel schreibt die „Kreuzzeitung“: Wir sind nicht der Meinung, daß die dauernde Festhaltung Rußlands Ziel und eigentlicher Kern des Vrester Friedens sind. Ob eine solche Festhaltung im Sinne einer dauernden Schwächung unserer Interessen entspricht, darüber kann man durchaus verschiedener Meinung sein. Keinesfalls aber würden wir sie gegen den Willen der Beteiligten aufrechtzuerhalten in der Lage sein. Wir würden es deshalb nicht für die Aufgabe der deutschen Politik halten, wenn die Ukraine und die anderen Staatsgebilde, die sich im Süden und Osten von Großrußland losgelöst haben, einmal ihre Wiedervereinigung mit ihm anstreben sollten, dem entgegenzutreten. Würden wir solche Stellungnahme der deutschen Politik auch nicht einmal für angebracht halten, wenn der gleiche Wunsch sich bei dem überwiegenden Teil der polnischen Bevölkerung geltend machen sollte, weil der Anschluß Polens an Rußland manche ernsten Gefahren der polnischen Frage für uns beseitigen würde. In alledem würden wir keine Revision des Vrester Friedens sehen, gegen die wir uns auflehnen hätten. Anders aber liegt es betreffs der Randstaaten, die sich in Verfolg der durch den Vrester Frieden getroffenen Abmachungen entschlössen haben, in nähere Beziehungen zum Deutschen Reiche zu treten. Hier würden durch eine Revision des Vrester Friedens in russischem Sinne unmittelbare deutsche Interessen berührt und die wenigen Vorteile, die wir aus dem Niesenkampf mit Rußland nach Haus gebracht haben, wieder preisgegeben werden.

Dagegen ist zu bemerken, daß die „Abmachungen“, welche die Randstaaten mit uns abgeschlossen haben sollen, weiter nichts als eine politische Täuschung sind. Genau so liegt es mit den „wenigen Vorteilen“, die diese Abmachungen bedeuten sollen. Aber wir nehmen das Wort gern auf und folgern: Um diese „wenigen Vorteile“ sich zu erhalten, darf Deutschland nicht den furchtbaren Nachteil eines nie endenden Krieges auf sich nehmen.

### Eile in Finnland. Königswahl: 27. August.

Berlin, 11. August. Der außerordentliche Landtag, der die definitive Königswahl formell vorzunehmen hat, wird, wie „Finslandskadet“ vom 10. August meldet, am 27. August zusammentreten. Man erwartet bereits heute die Ausfertigung seiner Einberufung durch den Reichsverweser.

### „Unerfreuliches aus der litauischen Presse.“

Von litauischer Seite werden wir um Aufnahme folgender Zuschrift gebeten: Die „Wostische Zeitung“ gibt eine Darstellung wieder, die in der Nr. 219 der „Kownower Zeitung“ unter dem Titel „Unerfreuliches aus der litauischen Presse“ erschienen ist. Es handelt sich dabei um die Stellungnahme der litauischen Presse gegenüber der von der deutschen Verwaltungsbehörde geforderten Form der Veröffentlichung über die Königswahl. Die „Kownower Zeitung“ stellt die Sache so dar, als hätten sich die in litauischer Sprache in Wilna erscheinenden Zeitungen „Nietubos Aidas“ und „Tavšes Sargas“, die Organe des litauischen Landesrates, geweigert, der Anweisung der Pressestelle auf Veröffentlichung der Königswahl in der vorgeschriebenen Weise nachzukommen, während das litauische sozialistische Blatt „Darbo Tallas“ die Veröffentlichung gebracht habe mit dem in entgegenkommender Weise von der Verwaltung zugesandten Zusatz: „Auf Befehl des Oberbefehlshabers Ost wird folgende Nachricht gebracht.“ Die „Wostische Zeitung“ berichtet weiter aus der „Kownower Zeitung“, daß dieser Zusatz auch den übrigen litauischen Blättern gestattet worden sei, um ihnen das größte Entgegenkommen gegenüber irgendwelchen journalistischen Bedenken zu gewähren.

Die Tatsache, daß die ganz offenbar inspirierte Darstellung in der „Kownower Zeitung“ das Verhalten der beiden obengenannten litauischen Blätter als beabsichtigte Widerspenstigkeit gegenüber der deutschen Verwaltungsbehörde zu deuten sucht — spricht sie doch sogar davon, daß die Weigerung der Veröffentlichung „einer öffentlichen Auflehnung der militärischen Behörde gleichkomme“ —, zwingt zu folgender Richtigstellung: Elf Tage nach der Wahl, am 22. Juli, bekamen alle Redaktionen der litauischen Blätter von der Pressestelle Oberost folgende Zuschrift:

„Befehl von Oberost! Nachstehende Meldung haben sämtliche Zeitungen und Zeitschriften des Verwaltungsgebietes Oberost sofort an der Spitze des Blattes oder an sonstigem besten Platz der ersten Seite ohne jeden Zusatz zu drucken.“

Hierauf folgt die bekannte Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 21. Juli über die Königswahl in Litauen. Dieser Zuschrift war folgendes Begleitgeschreiben beigelegt:

„Sie werden auf Blatt 2 Nr. 5 des Nachrichtenendienstes vom heutigen Tage besonders aufmerksam gemacht, mit der ausdrücklichen Vermahnung, daß, im Falle die Erklärung zur litauischen Frage von Ihnen in der morgigen Nummer nicht gebracht ist, die betreffende Nummer sofort beschlagnahmt und ihr Zeitungsbetrieb geschlossen werden wird.“

Da die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ den Tatsachen nicht vollkommen entspricht und der beigelegte Kommentar gleichfalls nicht mit der litauischen Auffassung der Dinge übereinstimmt, wollten die litauischen Blätter, an erster Stelle das Organ der „Larba“ „Nietubos Aidas“ der Erklärung eine redaktionelle Bemerkung hinzufügen, was jedoch nicht erlaubt wurde. Um die öffentliche Meinung in Litauen, der durch die Presse bis dahin noch keine Mitteilung über die Königswahl hatte zugehen dürfen, nicht irre zu führen, suchten die Redakteure der litauischen Blätter um die Erlaubnis nach, zur Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bemerken zu dürfen, daß dieselbe auf direkten Befehl von Oberost abgedruckt wird. Darauf erhielten die Blätter folgende Antwort:

„Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Meldung Blatt 2 Nr. 5 ohne jeden Zusatz, also auch ohne die Überschrift „Befehl von Oberost“ zu bringen ist, widrigenfalls Sie die Folgen zu tragen haben.“

Daraufhin zogen die Redaktionen es vor, den Zeitungsbetrieb einzustellen. Dieser Umstand dauert schon seit Wochen und hat in der Bevölkerung begrifflicherweise große Erregung und Mißstimmung hervorgerufen. Es ist im Interesse der beiderseitigen guten Beziehungen lebhaft zu bedauern, wenn immer wieder unrichtige Darstellungen über bestimmte Vorgänge in Litauen, wie jetzt auch über das Verhalten der litauischen Presse anlässlich der Königswahl verbreitet werden, die geeignet sind, Mißtrauen zwischen den Litauern und der deutschen Regierung zu säen.

## Abschluß der deutsch-russischen Verhandlungen.

Tschitscherin gegen die Entente.

Nach so vielen unerfreulichen und enttäuschenden Nachrichten über Rußland und sein Verhältnis zu Deutschland kommt eine relativ gute Mitteilung. Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet:

Die Verhandlungen, die in den letzten Wochen mit russischen Delegierten im Anschluß an die Vrester Verträge über politische, wirtschaftliche, finanzielle und juristische Fragen geführt wurden, sind zu einem gewissen Abschluß gelangt. Der hiesige diplomatische Vertreter der russischen Sowjetrepublik, Herr Joffe, hat sich nunmehr mit mehreren der russischen Delegierten auf einige Tage nach Moskau begeben, um dort über das Ergebnis der Verhandlungen Bericht zu erstatten und persönlich über eine möglichst baldige Entscheidung seiner Regierung einzuholen.

Es ist gut, daß die Meldung ausdrücklich versichert, Herr Joffe werde in wenigen Tagen sein Amt wieder übernehmen; die mißtrauische Dessenkläuferei ist nach den bösen Erfahrungen der letzten Zeit in Verdrückung geführt, an einen an sich harmlosen Anlaß über Erwartungen zu knüpfen und in der Abreise Joffes ein Gegenstück zu Helfferichs Rückzug zu sehen. Das ist aber nicht der Fall.

Die amtliche Mitteilung spricht von einem „gewissen“ Abschluß der Verhandlungen über die wirtschaftlichen und juristischen Fragen, die der Vrester Frieden offen gelassen hatte. Daß ihr Ergebnis nicht ganz bedeutungslos ist, beweist, daß nicht nur die für die wirtschaftlichen Verhandlungen besonders entsendeten Vertreter der russischen Republik, sondern auch Herr Joffe selbst zur persönlichen Berichterstattung nach Moskau zurückkehren. Von einer Revision des Vrester Vertrages zu reden, wie es die „Koss. Zig.“ tut, ist aber voreilig. Vor einiger Zeit wurde von russischer Seite erklärt, daß die Verhandlungen über die wirtschaftlichen Fragen glatt verlaufen, daß ihr endgültiger Abschluß aber von der politischen Einigung abhängt. Vielleicht sind aus einem Berliner Telegramm der „Abn. Zig.“ einige zutreffende Rückschlüsse auf den Inhalt der jetzt zu einem gewissen Abschluß geführten Verhandlungen zu ziehen. Darin heißt es:

Sobiel ist gewiß, daß es keineswegs die Absicht irgendeiner deutschen Stelle ist, Rußland von Getreide und Kohle abzuschneiden. Im Gegenteil, wir hören, daß an zuständiger Stelle schon jetzt die Frage eingehend erwogen wird, wie die Kohlen- und Getreidenot Rußlands mit deutscher Hilfe beseitigt werden kann, und daß schon ein tatkräftiger Anfang in dieser Richtung gemacht worden ist. Wie immer auch sich Rußland aus der politischen Berrüttung wieder zu Ordnung, Ruhe und Sicherheit emporarbeitet, Deutschland und Rußland verbindet eine Interessengemeinschaft; den Verband und Rußland aber trennt, wie das russische Volk zu seinem unermesslichen Schaden hat lernen müssen, und wie auch der Anruf der russischen Regierung deutlich zeigt, ein Interessengegenpaar.

Ganz unklar ist noch die Politik, die sich aus dem Rückzug der deutschen Votschaft aus Moskau in deutsches Okkupationsgebiet für die deutsche Regierung ergibt. Es wird versichert, daß dadurch die Beziehungen zur Räteregierung durchaus nicht abgebrochen, sondern nur gegen traurige Ueberraschungen geschützt werden sollen. Die deutschen Konsulate in Petersburg und Moskau bleiben. Die Beratungen im Großen Hauptquartier, an denen auch Herr v. Dünke teilnehmen wird, werden natürlich auch den Fall in Erwägung ziehen, daß ein Sturz der Bolschewisten dieser abwartenden Haltung den Boden entzieht.

Die Räteregierung wehrt sich inzwischen, wenigstens in Worten, kräftig ihres Lebens. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin richtete am 5. August folgende Note an den amerikanischen Generalkonsul Poole, die an aufrichtiger Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt:

Sehr geehrter Herr Poole! Wir bitten Sie, Ihrer Regierung ebenso wie den breiten Volksmassen im Auslande bekanntzugeben, daß ein in keiner Weise zu rechtfertigender Angriff, ein ausgesprochenes Gewalttätig und verächtlich wird. Wir haben nichts getan, um diesen Angriff zu veranlassen. Unser Volk will nicht weiter als in Frieden und Freundschaft mit den arbeitenden Massen aller Länder leben. Ungeachtet des bestehenden Friedenszustandes drangen englisch-französische Streitkräfte in unseren Grenzgebiet, nahmen unsere Dörfer und Städte mit bewaffneter Macht ein, erschloßen die treuen verantwortlichen Sowjetmitglieder, lösten die Arbeiterorganisationen auf, warfen ihre Mitglieder ins Gefängnis und verjagten sie aus ihren Wohnstätten, ohne daß irgendwas diese räuberischen Taten rechtfertigen könnte. Ohne Kriegserklärung werden Feindseligkeiten gegen uns eröffnet und unser Volksgenium gerächt. Uns gegenüber wird kein Recht

anerkannt. Uns gegenüber wird ungeschmaltetes Sanktionum für erlaubt gehalten, und Leute, die uns keinen Krieg erklärt haben, handeln wie Barbaren an uns. Aber wir, die Räte der Ausgebühten und der Armen, sind keine Barbaren wie diese Eindringlinge. Unsere Vergeltung an denen, die die Mitglieder unserer Sowjets niederschlehen, besteht nicht darin, daß wir die gleichen Handlungen an den Vertretern ihrer Regierungen verüben. Die offiziellen diplomatischen Vertreter dieser Regierungen genießen die Immunität, die von ihnen amtlichen Stellen der Mitglieder unserer Sowjets verweigert wird. Indem wir gegenüber den offiziellen Vertretern Großbritanniens und Frankreichs diese Haltung einnehmen, berücksichtigen wir auch ihre eigene bringende Bitte, da wir in ihnen die Vertreter eines Volkes sehen, das — um ihre Worte zu gebrauchen, „nichts gegen die Sowjets unternehmen will“. Wenn wir die gegen uns gerichteten Kriegsmassnahmen mit Vorsichtsmaßnahmen etwa der Art beantworten, daß wir Staatsangehörige der Invasionsmächte in Konzentrationslagern unterbringen, so betrachten wir diese Staatsangehörigen als Zivilgefangene und wenden diese Vorsichtsmaßnahmen nur gegen Mitglieder der besagten Klassen an, die unsere Gegner sind.

Da Sie erklärt haben, daß Ihr Volk nicht die Sowjets stützen will, fragen wir Sie, ob Sie nicht klar sagen können, was Großbritannien in Wahrheit von uns will. Ist sein Ziel, die vollständige Regierung zu stützen, welche die Welt gesehen hat, die Räte der Armen und der Bauern? Ist sein Ziel die Segenrevolution? Angesichts seiner Handlungen müssen wir denken, daß es so ist. Wir müssen denken, daß es beabsichtigt, die schlimmste Tyrannei der Welt wieder herzustellen, den verachteten Faschismus? Oder beabsichtigt es die Eroberung einer bestimmten Stadt oder eines Landstriches, den es uns nambast machen kann? Eingedenk Ihrer Freundschaft, hoffe ich, daß Sie uns helfen werden, uns über dieses Problem klar zu werden, dem wir in diesem Augenblick gegenübersehen.

Die Entente wird von dieser Note ihr Schamgefühl kaum werden lassen. Dem Blatte „Petrogradski Golos“ zufolge haben sogar die Ententevertreter in Moskau dem Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten eine Kollektivnote überreicht, worin sie im Laufe von drei Tagen eine nähere Erklärung über eine Neuherung Lenins fordern, daß Rußland dem französisch-englischen Imperialismus den Krieg erklären wolle. Gleichzeitig wird Aufklärung darüber verlangt, aus welchem Grunde der französischen Militärmission die Abreise aus Moskau verweigert werde. Dem Blatt muß die Verantwortung für seine Meldung überlassen bleiben.

### Die Grenzen des englischen Vormarsches.

Die Nachricht über die Einnahme der Stadt Rowenich durch die Engländer wird demontiert. Die Engländer halten noch immer die Station Sumel-Rossab an der Küste des Weißen Meeres und gehen auf der Murman-Eisenbahnstrecke nicht weiter nach Süden vor. Die Meldung über die Besetzung der Städte Nefen und Pinega durch die Engländer wird ebenfalls widerrufen.

### Das Schicksal der Zarenfamilie.

Der „Observatore Romano“ teilt mit, der Papst habe für die Befreiung der Zarin und ihrer Töchter Schritte eingeleitet, die ihre Ueberführung nach Europa bezwecken. Der Papst habe sich sogar bereit erklärt, für den Unterhalt der Zarenfamilie aufzukommen.

### Der vierte Tag der feindlichen Offensive.

Berlin, 12. August. Das geschickte Ausweichen der deutschen Truppen zwischen der Aare und der Oise hat nunmehr anscheinend dem französischen Angriff seine Stoßkraft genommen. Durch den Kampf mit äußerster Geschwindigkeit und zähe fechtenden Nachritten geschwächt, durch den Marsch über hügeliges Waldgelände ermüdet und in Unordnung gebracht, stehen die französischen Angriffsdivisionen auf einem Seelevel, der in gut gewählten Stellungen den Angriff erwartete. Durch Masseneinsatz und rücksichtslose Opferung von Menschen und Material judte die französische Führung den verloren gegangenen Vorteil der Ueberraschung sowie den Verlust der vorbereiteten Angriffsbasis auszugleichen. In Nachahmung des deutschen Vorbildes liegen die Franzosen einen großen Teil ihrer Artillerie als Stütz- und Panzerbatterien der Infanterie unmittelbar folgen. Diese Maßnahmen, welche den raschen siegreichen Vormarsch nach Durchbrechung der ersten Linien sicherstellen sollte, führte

zur schwersten Einbuße an Menschen und Pferden.

Die französischen Geschützbatterien gerieten bereits auf dem Anmarsch in das Feuer der schweren deutschen Artillerie und wurden, zum Teil noch ehe sie aufzuziehen konnten, zusammengebrochen. Nicht besser ging es den Panzerwagen, die von den Tankabwehrgeschützen erbeutet wurden, ehe sie der deutschen Infanterie gefährlich wurden. Wenn der französische Führer seine Infanterie trotzdem bis Einbruch der Dunkelheit immer von neuem anführte, so erreichte er damit nichts als ein Anwachsen der französischen Verluste. Stellenweise liegen die Toten reihenweise vor den deutschen Gräben. Besonders furchtbar sind die Verluste des Angreifers bei Tilloloy, wo die bereitgestellten französischen Reserven durch das deutsche Artilleriefeuer fast vernichtet wurden.

Englischer Bericht vom 11. August abends. Der Feind setzte am Morgen einen starken Angriff mit frischen Divisionen gegen die britischen Stellungen bei Ribons und nördlich und südlich davon an. Wir schlugen alle Angriffe nach heftigem Kampfe zurück und fügten dem Feinde große Verluste zu. Der Feind drang in unsere Stellungen nördlich von Ribons ein, wurde aber im Laufe eines ungelungen Kampfes blutig und nördlich des Dorfes zurückgetrieben, so daß unsere Linie vollständig wiederhergestellt wurde. Die Franzosen setzten ihren Angriff in Verbindung mit den britischen Truppen fort und drangen südwestlich und südlich von Rogn weiter vor.

Französischer Heeresbericht vom 11. August nachmittags. Die Franzosen setzten gestern bei Tagesende und in der Nacht ihren Fortschritt auf der ganzen Front zwischen Aare und Oise fort. Sie nahmen das Massiv von Coulogne-La Grasse und trugen ihre Linien östlich von Bus vor. Weiter südlich drangen sie in die Waldgegend zwischen Rogn und Oise ein, gewannen die Ränder von Borliere und Cury, nahmen Rognell und Lematte und behielten ihren Vormarsch 5 Kilometer nördlich Chebinesart aus.

Französischer Bericht vom 11. August abends. Im Laufe des Tages führten unsere Truppen fort, zwischen der Aare und Oise trotz Widerstandes des Feindes Boden zu gewinnen. Südlich der Aare haben wir Montevillers und Gruniers besetzt und die Linie Armancourt-Tilloloy erreicht. Nördlich von Rogn-jur-Roy sind wir ungefähr zwei Kilometer bis zu den Rändern von Comy-sur-Roy vorgegangen. Weiter südlich haben wir das Dorf La Perliere zwischen Rogn und Oise erobert und überschritten. Unser Vormarsch erfolgte bis nördlich von Chebinesart, Ragnemont und Cambourc sind in unserem Besitz.



# Groß-Berlin

## Der neue Milchpreis.

Das Nachrichtenamt schreibt: Die Fettstelle Groß-Berlin wird trotz der Erhöhung der Vollmilch-Erzeugerpreise auf 46 Pf. frei Berlin bei deren Inkrafttreten den Kleinhandelspreis nur von 46 auf 48 Pf. für das Liter abrunden, um einen durch 4 teilbaren Preis zu erzielen. Für ihren Entschluß ist die Erwägung maßgebend gewesen, daß das Hauptnahrungsmittel der kleinen Kinder eine Verteuerung nicht erfahren darf. Die Erhöhung der Produzentenpreise muß jedoch in irgend einer Form von der Bevölkerung ausgeglichen werden. Zu diesem Zweck soll die Fettportion mit den Beträgen belastet werden, die die Milchversorgung an Zuschüssen erfordert. Die Belastung verteilt sich hierdurch gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung und wird nicht so spürbar werden wie eine Erhöhung des Milchpreises um 10 Pf. pro Liter, durch die die kinderreichen Familien mit geringem Einkommen ganz besonders schwer getroffen würden.

## Zeitümer bei der Milchmeldung.

Das Nachrichtenamt schreibt: Bei der diesmaligen Anmeldung zum Milchbezug haben sich nach den bei der Fettstelle Groß-Berlin (Milch) eingegangenen Mitteilungen — entgegen den erlassenen Bestimmungen — Bezugsberechtigten in solchen Geschäften angemeldet, in denen sie sich nicht anmelden dürfen. Die Fettstelle Groß-Berlin kann dieses Verfahren nicht zulassen, wenn sie nicht die Sicherstellung der Milchversorgung der kleinen Kinder gefährden will. Die Bezugsberechtigten werden daher aufgefordert, sich nochmals zu vergewissern, ob sie sich im richtigen Geschäft angemeldet haben. Wir wiederholen, daß sich Inhaber der A, A II und B Kinderarten, sowie von Karten für werdende Mütter in einem „A und B“-Geschäft und Inhaber der C Karten, Krankenarten und sonstigen Vollmilcharten und Vollmilchbezugscheine in einem „C“-Geschäft anzumelden haben. Die Anmeldung wird am 20. August wirksam.

Ergibt sich, daß die Anmeldung unrichtig erfolgt ist, so werden die Bezugsberechtigten von dem Milchhändler ihre Anmeldeabschnitte zurückverlangen müssen, um sich in demjenigen Geschäft anzumelden, das die in ihren Händen befindlichen Karten annehmen darf. Sollte eine der Kleinändler die Rückgabe der Anmeldeabschnitte ablehnen, so haben die Bezugsberechtigten der Fettstelle Groß-Berlin (Milch) (Abteilung Kleinändler), Poststr. 6, hiermit Mitteilung zu machen, und zwar unter genauer Angabe der Art und Nummer der Karte, der Adresse des Kleinhändlers, bei welchem sich der Anmeldeabschnitt befindet, ferner der Adresse des Kleinhändlers, bei welchem sie sich anmelden wollen, und schließlich ihres eigenen Namens und der Wohnung. Die Anmeldebeschriftung wird unter diesen Umständen für die Karteninhaber bis Dienstag, den 13. d. Mts., verlängert, während die Kleinändler die Kontrollabschnitte nach wie vor bis zum 15. d. Mts. bei der Fettstelle Groß-Berlin (Milch) eingzureichen haben.

Es liegt im Interesse der Bezugsberechtigten, diese Prüfung ihrer Anmeldung und die eventuell erforderliche Berichtigung umgehend vorzunehmen. Die Fettstelle wird andererseits nachdrücklich vor dem 26. August in den Fällen, in denen die Anmeldungen unrichtig erfolgt sind, Untersuchungen vornehmen müssen, die infolge der unvermeidlichen Verzögerungen und Zeitverluste leicht zu einer Schädigung der Bezugsberechtigten führen können, da den Milchhändlern für unzulässigerweise angenommene Karten Milch nicht abgeführt wird. Es muß mit einem verständnisvollen Mitwirken der Milchhändler in dieser schweren Zeit gerechnet werden. Ein Entgegenarbeiten gegen die Anordnungen der Behörde würde den Ausbruch des Milchhandels zur Folge haben müssen.

## Herabsetzung des Kartoffelpreises.

Die Provinzial-Kartoffelstelle der Provinz Brandenburg hat den Erzeugerhöchstpreis für Feinartkartoffeln mit Wirkung vom Freitag, den 10. d. M., ab auf 8 M. für den Zentner herabgesetzt. Bis dahin beträgt er 9 M.

## Berliner Lebensmittel.

Bis Sonnabend, den 17. August, wird an diejenigen Kunden, die in die Speisefettlisten der in den Bezirken der 7, 16, bis 18, und 20. Prokommision gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gram an Käse verteilt.

Auf Abschnitt Nr. 39 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin enthält 1 Pfd. Einmehlsender. Der Verteilungsabschnitt ist in den zum Aufkleben zugelassenen Geschäften gegen Abkempfung des Empfangsabschnitts abzuliefern und zwar vom Donnerstag, den 15., bis einschließlich Sonnabend, den 17. August. Nachträgliche Anmeldungen sind nicht zulässig.

## Wer zahlen kann.

Das Kriegsernährungsamt schreibt: Die fleischlosen Wochen kennzeichnen sich dadurch, daß Fleischorten in ihnen nicht eingelöst werden, sondern daß an deren Stelle eine Belieferung mit Kartoffeln bzw. Mehl tritt. Daraus ergibt sich, daß diejenigen Arten von Wild und Geflügel, deren Abgabe bisher ohne Fleischkarten zulässig war, auch in den fleischlosen Wochen abgegeben werden dürfen. Jedoch sind bezüglich des markenscheinpflichtigen Wild und Geflügels hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts mit Rücksicht auf dessen leichte Verderblichkeit besonders, insbesondere für die Versorgung von Kranken in Lazaretten und Krankenanstalten, zugelassen. Die Regelung der notwendigen Anordnungen, um Verderben von Wild zu verhüten, erfolgt durch die Kommunalverbände.

## Keine Enteignung von Männerkleidung.

Die „Voss. Zig.“ berichtet: Gegenüber der immer wieder auftauchenden Besorgnis, daß im Anschluß an die im Gange befindliche Bestandsaufnahme für Männerkleidung eine Beschlagnahme bzw. Enteignung folgen könnte, wird uns nunmehr auf Anfrage von Geh. Rat Ventler, dem Leiter der Reichsbekleidungsstelle, offiziell erklärt, daß diese Besorgnungen gegenstandslos sind. Es war und ist niemals beabsichtigt gewesen, die Bestandsaufnahme als einen Vorläufer für eine etwaige Enteignung anzusehen. Die Sammlung, die für eine ordnungsmäßige Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens erforderlich ist, soll nach wie vor rein freiwillig bleiben.

## Die Einkommengrenze für Reichskleidung.

Bisher hatte die Reichsbekleidungsstelle den Kommunen die Verpflichtung auferlegt, die Reichskleidung nur an solche Empfänger abzugeben, deren Einkommen in der Regel 3000 M. nicht übersteigt. Die Reichskleidung hat nun endlich eingesehen, daß dieser Grundsatz nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, und den Gemeinden gestattet, von der Festlegung von Einkommengrenzen überhaupt abzusehen oder selbständig solche festzusetzen. Die Reichskleidung hält jedoch daran fest, daß die Abgabe nur an solche Personen erfolgt, die ohne diese Kleidung in Not geraten würden und nicht in der Lage sind, sie sich auf anderem Wege zu beschaffen.

## Abbruch der Verhandlungen mit der Deutschen Gasgesellschaft.

Mit der von uns gemeldeten Beteiligung der Stadtgemeinden Wilmersdorf und Schöneberg an der Deutschen Gas-

gesellschaft haben die Verhandlungen über den Anschluß der an der Gasversorgung durch die frühere Englische Gasgesellschaft beteiligten Gemeinden ihren Abschluß gefunden. Nachdem fast alle in Frage kommenden die Normalverträge angenommen haben, soll für das gemischt-wirtschaftliche Unternehmen der Deutschen Gasgesellschaft ein günstiges finanzielles Ergebnis gesichert sein. Der ganze Aufbau des Unternehmens kann als Zwillingasgesellschaft bezeichnet werden. In der Deutschen Gasgesellschaft gelangen alle öffentlich-rechtlichen Fragen, zum Beispiel Vertrags- und Tariffragen, zur Entscheidung; da die Kommunen in ihr die überwiegende Mehrheit besitzen, ist damit das öffentliche Wohl voll gewahrt. Dagegen ist die Entscheidung über alle wirtschaftlichen und technischen Fragen einer zweiten Gesellschaft, der Gasbetriebsgesellschaft, übertragen, in der das Privatkapital vorherrschend ist, in der aber die Deutsche Gasgesellschaft sich für einzelne wichtige Fragen ein Veto-Stimmrecht vorbehalten hat. Während bisher ge-

# Die Opferpflicht für das Vaterland

verlangt von allen die Abgabe entbehrlicher Anzüge für die kriegswichtige Heimarmee und Landwirtschaft.

milchwirtschaftliche Unternehmen immer nur in Form einer Gesellschaft gegründet worden sind, ist hier zum erstenmal der Weg der Gründung einer Zwillinggesellschaft beschritten worden, um bei der Wahrung des öffentlichen Wohls und der Durchführung der kaufmännischen und technischen Aufgaben, Schwierigkeiten zu vermeiden.

**Bringheuern.** Wer in den Berliner Stadtbezirken 31 bis 40 (Potsdamer Viertel) und den Stadtbezirken 178 bis 181 (Frankfurter Tor) in Zukunft nicht selbst an die Steuerlisten III und VII o. zahlt, hat die öffentliche Wahrung zu gewärtigen. Ein Steuererheber erscheint dort nicht mehr, auch ein Mahnzettel wird dort nicht mehr abgegeben.

**Unbekannte Leiche.** Aus dem Wasser gelandet wurden Sonntag an der Lutherbrücke die Leiche einer unbekannten Frau von etwa 45 bis 50 Jahren und aus einem Arm des Landwehrkanals am Urbanhafen die Leiche eines etwa 9 Jahre alten unbekannten Knaben. Die Frau ist schon stark verwest. Sie hat dunkles Haar und trägt einen dunklen Rock, eine braune Sommerhose, schwarze Strümpfe und Sandalschuhe. Der Knabe war barfuß und im übrigen mit einem roten Mittel mit weißen Streifen und einer graufarbenen gestreiften Hose bekleidet. An einer Schnur um den Hals trug er die Wohnungsschlüssel.

**Stiefel Carrasani.** Ingunsten der Hinterbliebenen der Verstorbenen von H. Sooten, Minen- und Vorkostenboolen findet heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, eine große Wohlthatigkeits-Festausführung statt.

**Schönerrath bei Hagendick.** Für die Wöhen, die bei einem Elternabend zugrunde gingen, ist notwendiger Ersatz eingetroffen. Infolge des Ausgebüßens der vier verunglückten Tiere war die weitere Versorgung der gesamten Wöhengruppe zur Unmöglichkeit geworden. Eine neue Wöhengruppe ist jetzt eingetroffen. Diese wird dem Publikum außer in den Abendveranstaltungen auch in der Nachmittagsvorstellung am nächsten Mittwoch vorgeführt werden.

**Neutölln. Schulgesundheitspflege.** Trotz den durch den Krieg bedingten Erschwerungen konnte die schulärztliche Fürsorge auch während des letzten Rechnungsjahres im wesentlichen in der bisherigen Weise fortgeführt werden. Regelmäßig fanden vor allem Untersuchungen der Lernanfänger auf ihre Schulfähigkeit und außerdem Untersuchungen der zur Entlassung kommenden Schüler und Schülerinnen zur Berufsberatung statt. Der beobachtete Gesundheits- und Ernährungszustand war im allgemeinen zufriedenstellend, wenn auch gegen das Vorjahr häufig eine Verschlechterung der Ernährung festgestellt werden mußte. Erhöhte Bedeutung gewann daher der besonders für bedürftige Kinder eingerichtete Landaufenthalt. Die hierfür in Frage kommenden Kinder wurden auf Grund besonderer ärztlicher Untersuchungen entweder in der Schule oder in der Wohnung der Schullehrer ausgewählt. Vielfach wurde bei den Untersuchungen eine starke Zunahme von Hautkrankheiten beobachtet, was von den Ärzten auf die schlechtere Seifenversorgung und die damit erschwerte Sauerhaltung zurückgeführt wird. Auch die Fälle, in denen bei den Kindern Ungeziefere vorgefunden wurde, haben sich leider vermehrt. Kranke Kinder sind unter regelmäßiger Überwachung durch den Schularzt gestellt. Die Befolgung der vom Schularzt gegebenen Ratsschläge liegt im einzelnen zu wünschen übrig.

**Wilmersdorf. Fleischbezugscheine für Kranke.** Für Kranke, denen auf Grund ärztlichen Zeugnisses eine Fleischzulage gewährt worden ist, gelangen von Sonnabend, den 10., bis Dienstag, den 13. August, im Lebensmittelamt, Abteilung für Krankenernährung, Wilhelmstraße 114/115, Fleischbezugscheine für die fleischlosen Wochen zur Ausgabe. Die Abgabe von Fleisch auf diese Scheine erfolgt jedoch nur, wenn der Bezugsberechtigte sich bis spätestens Freitag, den 16. August, zu dem Bureau der Sächsischen Fleischverorgungsstelle (Brandenburgische Str. 1, I. Stock, Zimmer 7) geführten Sonderlistenliste angemeldet hat.

**Lichtenberg. Lebensmittel.** In der laufenden Woche werden abgegeben: Gegen Voranmeldung auf Abschnitt 47 der gemeinsamen Lebensmittelkarte 200 Gramm Cranpen, Abschnitt 48 100 Gramm Leigwaren, Abschnitt 18 J der Lebensmittelkarte für Jugendliche 2 Suppentüffel (10 Pf.), Abschnitt 200 B, J, G, S, K der gemeinsamen Lebensmittelkarte 1 Prieschen Säckchen. — In den städtischen Fischhallen und bei den hiesigen Fischhändlern und Mäckerwarengeschäften werden abgegeben: Auf Abschnitt 251 B, J, G, K der Lichtenberger Lebensmittelkarte, frische Flus- und Seeische; Abschnitt 262 B, J, G, K 1/2 Pfund Räucherwaren. Die Fortsetzung des Heringsverkaufs findet in den fleischlosen Wochen statt.

**Cöpenick. Lebensmittel.** Stadtsseitig verteilte Lebensmittel gelangen von Donnerstag, den 15. August, ab in den Lebensmittelhandlungen der Stadt zum Verkauf.

**Mariendorf. Vech des Gemeindevorstehers.** Die „Welt am Montag“ berichtet über folgenden ergötzlichen Vorfall: Ein unregelmäßiger Empfang wurde einem Kontrolleur der Fettstelle Groß-Berlin seitens des Ortsoberrichts des benachbarten Mariendorfs zuteil. Seines Amtes waltend, hatte der Kontrolleur vor einigen Tagen in Mariendorf eine Frau, die glückliche Besitzerin und Besorgerin eines mit Milch gefüllten Topfes war, auf der Straße angehalten und nach der zu der Milch gehörigen Milchkarte gefragt. Da die Frau aber angeblich keine Milchkarte zu besitzen, wurde ihr Name von dem Kontrolleur festgeschrieben und notiert. Bei seinen weiteren Revisionen erschien plötzlich ein Herr in Zivil mit strenger Amtsmiene bei dem Kontrolleur, wies sich als Bürgermeister von Mariendorf aus und verlangte von

dem Kontrolleur, daß er sich legitimiere. Als ihm der verlangte Ausweis vorgelegt wurde, beschlagnahmte er denselben und nahm den Kontrolleur kraft seines Amtes als höchster Polizeibeamter von Mariendorf fest und transportierte ihn höchst eigenhändig zum Rathaus, wo natürlich keine sofortige Freilassung erfolgen mußte. Ein Licht über den geschehenen Vorgang ging dem Kontrolleur erst auf, als er erfuhr, daß die Frau, die er ohne Milchkarte angetroffen hatte und die nur ihren Familiennamen angegeben hatte, die bessere Hälfte des Herrn Bürgermeisters von Mariendorf war.

Ob sich wohl jede andere Frau mit unberechtigten Lebensmitteln ebenso des Schutzes des Ortsoberrichts erfreuen könnte? Oder glaubte der aufmerksame Hausherr nur seiner besseren Hälfte zuliebe beinahe einen kleinen Amtsmißbrauch riskieren zu können?

**Mariendorf. Lebensmittel.** Die Gemeinde verkauft auf Lagermilchkarte „I“ für Kinder vom 6. bis 8. Lebensjahre: je 1 Päckchen kondensierte ausländische Magermilch (1,50 M.) und 1 Päckchen Puddingpulver (22, 30 Pf. je Päckchen); auf Lagermilchkarte „II“ und „III“ für Kinder von 8. bis 12. Lebensjahre je 2 Päckchen Milchpulver (a 35 Pf.) oder 100 Gramm lösliches Milchpulver (50 Pf.) und 1 Päckchen Puddingpulver. Die kondensierte ausländische Milch eignet sich nicht für längere Lagerung. Der Verkauf findet statt in den drei Gemeindepunkten.

**Brig.** Die Gemeindevertretung vom 9. August bewilligte den Betrag von 1000 M. für die Luderdorffspende. Seit Jahren besteht ein Vertrag zwischen der Stadt Neutölln und der Gemeinde Brig, nach welchem die Versorgung der Gemeinde Brig mit elektrischem Strom durch die Stadt Neutölln erfolgen soll. Dieser Vertrag konnte bisher nicht zur Ausführung gelangen, da der Kreis Teltow die Genehmigung zur Leitung der Kabel über die Brücken des Teltowkanals verweigerte. Endlose Verhandlungen und Beschwerden haben zu keinem Resultat geführt. Der Gemeinde ist durch die Verweigerung der Genehmigung mancher Schaden entstanden; sie mußte sich, um zu ihrem Recht zu gelangen, zur Klage gegen den Kreis entschließen. Zum angesetzten Verhandlungstermin hat der Kreis einen Vertreter nicht entsandt, vielmehr nach diesem sich bereiterklärt, die Genehmigung zu erteilen, wenn die Gemeinde Brig bereit ist, in Bedingungen zu willigen, welche in der Hauptsache sagen: das Legen von Leitungen aller Art über die Brücken des Teltowkanals muß durch das öffentliche Interesse bedingt sein, sie dürfen lediglich der Versorgung der Gemeinde Brig dienen. Ferner soll Brig auf alle Ansprüche, welche etwa aus der bisherigen Weigerung der Genehmigung hergeleitet werden könnten, verzichten und die Klage zurücknehmen. Die bisher entstandenen Prozeßkosten trägt der Kreis. Auf Antrag des Gemeindevorstandes nahm die Gemeindevertretung die Bedingungen an. Ein Ortshaupt über die Sonntagssuche im Handelsgewerbe, wonach Gefällen und Leistungen, mit Ausnahme der im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe beschäftigten, Sonntags nicht beschäftigt werden dürfen, wurde einstimmig angenommen. Einer Erhöhung der Unfallversicherungssätze für die Feuerwehren wurde gleichfalls einstimmig zugestimmt. Unter Verschiedenem demängelte Genosse Dutenschn die Zuteilung an Lebensmittel in den Wochen der Kartoffelknappheit und rügte die in den letzten Wochen verspätet erschienenen Verantragsungen. Die Nichtüberprüfung des Lebensmittelkaufes sei ein Fehler und eine Verunreinigung der Bevölkerung die Folge, wie der Gang der Frauen zum Rathaus beweist. Vom Gemeindevorstand wird demgegenüber erwidert, daß der Bevölkerung in den kritischen Wochen nicht mehr gegeben werden konnte, weil mehr nicht zur Verfügung stand, mit der Veröffentlichung der Bekanntmachungen sei immer bis zur letzten Minute gewartet worden in der Hoffnung, mehr verteilen zu können. An der Debatte beteiligten sich mehrere Redner, welche zum Teil den Ausführungen des Genossen Dutenschn beitraten.

# Gerichtszeitung.

**Bergehen eines Bädermeisters.** Das Kammergericht hat einen Strafprozeß erledigt, welcher für Bädermeister von besonderer Bedeutung sein dürfte. Bädermeister Lipski aus Neutölln war angeklagt worden, sowohl den feilschenden Höchstpreis überschritten als auch durch seine Verkäuferin Brot gegen ungünstige Marken an junge Mädchen verkauft zu haben. Es war aufgefalle, daß junge Mädchen größere Mengen Brot aus dem Laden von Lipski geholt und bei dieser Gelegenheit Brotmarken abgegeben hatten, welche nicht mehr gültig waren. Es handelte sich um Brotmarken, welche für vergangene Wochen ausgegeben und entwendet worden waren. Das Schöffengericht erachtete Lipski im vollen Umfang für schuldig und verurteilte ihn zu 9 Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. Diese Entscheidung griff Lipski durch Berufung beim Landgericht an, welches die Strafe auf 6 Monate herabsetzte und Lipski nur für Überführung erachtete, Brot in größerem Umfang gegen Herabgabe von nicht mehr gültigen Brotmarken verkauft zu haben, welche geschloffen waren. Die Strafkammer nahm an, daß Lipski vorbildlich gehandelt und gewußt habe, daß es sich um verfallene Marken gehandelt habe. Es sei dem Angeklagten darauf angekommen, viel Mehl zu erhalten, nachdem er Stollen gekauft und verkauft habe. Es sei dadurch ein Risiko in seinem Wohlstande eingetreten, welches er ausgleichen wollte. Diese Entscheidung vom Lipski durch Revision beim Kammergericht an, welches aber die Revision als unbegründet zurückwies und u. a. ausführte, die Beurteilung des Angeklagten sei ohne Rechtsirrtum ergangen; bedenkfrei sei festgestellt worden, daß der Angeklagte seiner Verkäuferin die Anweisung gegeben habe, Brot gegen verfallene und entworfene Brotmarken zu verkaufen. Rügen gegen die tatsächliche Feststellung seien in der Revisionsinstanz unbedeutlich.

**Zuchthaus für Brotkartenhändler.** Obwohl seitens der Gerichte der Brotkartenhandel mit den schwersten Strafen bekämpft wird und die Händler ausschließlich zu Zuchthaus verurteilt werden, läßt der Handel mit echten und gefälschten Brotkarten immer weiter, wie die täglichen Verurteilungen vor den Reichs- und Strafkammern beweisen. Der Einrichter Arnold Langer war auf dem Alexanderplatz verhaftet worden, nachdem er verschiedenen Personen Brotkarten angeboten hatte. In einer Marktlage befanden sich noch über 200 echte Brotkarten. Nach seinem Geständnis will er von einem Unbekannten namens „Erik“ in jeder Woche 100 Brotkarten für 2 M. das Stück gekauft und für 2,50 M. verkauft haben. — Das Gericht verurteilte den bisher unbestraften Angeklagten wegen gewerbsmäßiger Fälscherei zu 1 Jahr Zuchthaus.

# Aus aller Welt.

## 157 000 M. erschwindelt.

Ein Duplikatbriefschwindler, der Kaufmann Hugo Haake, wird jetzt in Berlin gesucht. Haake „arbeitete“ in der bekannten Art mit gefälschten Duplikatbriefen. Mit solchen gefälschten Briefen überzeugte er drei Düsseldorf-Geschäftsleute, daß er über zwei Wagonen Kerosin verfüge, obwohl er in Wirklichkeit nichts besaß. Die Geschäftsleute kauften, zahlten den Kaufpreis auf den Kreditbrief hin gleich aus und sind ihr Geld los. Der Schwindler ist aus Düsseldorf entflohen und hat sich wahrscheinlich nach Berlin gewandt. Er ist mittelgroß, dunkelblond und schlank, hat einen kurzgeschnittenen Schnurrbart und vorn im Oberkiefer zwei goldene



Röhre und trägt zuletzt einen grauen Bodenmantel, einen grünen Toppenanzug und einen weißen Strohhut.

Waldbände in Frankreich. Bern, 10. August. Pariser Blätter berichten, daß in den Gebieten von Toulon, Avignon und Tulle neue Waldbände ausgebrochen sind. Zahlreiche Abteilungen jerbischer Soldaten wurden zur Bekämpfung des Feuers aufgegeben. Besonders schwer wütete der Brand in den Wäldern nördlich und nordwestlich von Toulon.

Kriegsjubiläum. Die „Grazzer Tagespost“ meldet: Im Jrenhanse zu Sebenico ist dieser Tage ein Greis im Alter von 106 Jahren gestorben. Der aus der Woche di Cattaro gebürtige Mann, dessen Sobn zu Beginn des Krieges standrechtlich hingerichtet worden war, soll eine hochverräterische Bezeugung gemacht haben. Damals, als er 103 Jahre alt war, wurde er zum Tode durch den Strang verurteilt, doch wurde ihm die Todesstrafe nachgesehen und in eine fünfzehnjährige Freiheitsstrafe umgewandelt. Er wurde irrsinnig und brachte seine letzten Tage im Jrenhanse zu Spalato zu.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Tempelhof. Die fällige Mitgliederversammlung fällt in diesem Monat aus.

Spandau. Mittwoch, den 14. August, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Steinweg, Bismarckstr. 8. „Vorwärts“-Feier und Freunde der S. P. D. sind eingeladen.

**Deutsches Theater.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
Max Pallenberg in  
**Der fische Rudi.**  
Kammerspiele.  
Letzte Aufführung 7 1/2 Uhr:  
**Die Tänzerin.**  
Ab Mittwoch: Lucie Häflich in  
**Der Weibsteufler.**  
Volkstheater, Th. a. Söllowpl.  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Sommernachtsraum.**

**Theater des Westens**  
Letzte 8 Aufführungen:  
7 1/2 Uhr:

**Inkognito.**  
Operette von Rudolf Nelson.  
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.  
Theater d. Königl. Grätzerstr.  
8: Schwestern und der Fremde.

**Komödienhaus**  
8 Uhr: Die Zarin.  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Blaublaues Blut.

**Theater für Dienstag, 13. August.**

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.

**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Die Fledermaus

**Friedrich-Wilhelms-Theater**  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

**Kleines Theater**  
8 Uhr: Aristid und seine Fehler mit Bassermann.

**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

**Neues Operettenhaus**  
7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.

**Wintergarten**

**Alice Hechy**  
Rolf Brunner  
Gesangs- und Tanz-Duett  
sowie der  
glänzende  
Varieté-  
Eröffnungs-Spielplan!

**Palast**

Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/4

**Nur noch bis**

**23. August:**

**Gesamt-Gastspiel**

**des Herrfeld-Theaters:**

**Die Kriegsgewinnler**

mit Dir. A. Herrfeld und

Perd. Grünecker in den

Hauptrollen.

**Casino-Theater.**

Sollinger Straße 37.

**Wiedereröffnung**

Freitag, 16. August, 7 1/2 Uhr

mit der neuen Berliner Fosse

**Man laßt mal wieder!**

und erfrisch. Präsentieren.

Borverkauf täglich a. 11—2 Uhr.

**Trianon-Theater**

Bhf. Friedrichstr. 2tr. 4927, 2301

8 U. Zam 347. Male: **Der**

**Lebensschüler.**

Komödie von Ludwig Faida.

Sonab. nachm. 7 1/4 U. kl. Pr.:  
**Schneewittchen.**

Sonntag 4 Uhr: Hedda Gabler.

**Theater der Friedrichstadt.**

Ecke Friedrich- u. Lönienstr.  
Täglich 7 1/2, U. Norden 8650.

**Dergoldene Spiegel**

v. Möllendorff, Alice Tornig,  
Rich. Georg.

Sonnt. 3 1/2, kl. Pr.: **Jugend.**

Sonab., den 17.: **Premiere**

„Kaisorplatz 3 1 Treppe“.

**Apollo-**

Friedrichstr. 218

Dir.: James Klein.

7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/4.

**Todesrennen**

in der Luft

sow. weitere Sonat.

Vorverkauf an der

Theatork. 10—6 Uhr.

Sonnt. 3 1/2, Uhr jeder

Erwachs. 1 Kind frei!

**Thalia-Theater**

Uhr: Unter der blühenden Linde

Theater am Nollendorfplatz

7 1/2, Uhr:

**SARRASANI**

Heute Dienstag, 13. August

7 1/2, Uhr:

**Gr. Wohltätigkeits-**

**Festausführung**

zugunsten der Hinter-

bliebenen d. Besatzungen

v. U-Booten, Minensuch-

und Vorpostenbooten.

Das gewaltige

Massen-Minensuch-

„Torpedo - los!“

Morgen Mittw. 3 Vorstell.

Nachm. 3 U. halbe Preise.

**ZELTZIRKUS**

**WILHELM**

NEU

im PROGRAMM

Die

**Löwen.**

ABENDS

um

7 1/4

UHR.

Mittw. 2

Vorstell. um 3 1/2 u.

**National-Theater 3, 8**

**Mäuschen.**

Musik von Walter Bromme.

**Reichshallen-Theater.**

Allabendlich 7 1/2, Uhr:

**Stettiner Sänger**

**DER „HIAS“**

Tägl. 7 1/2, U. abends

Morgen nachmittag

3 1/2, Uhr: Familien- und

Schülerchor. a. kl. Pr.

**Walhalla-**

Theater, Weinbergsweg

**Rose-Theater.**

7 1/2, u.: Die Prinzessin vom Nil.

Cartenb.: Bitte recht freundlich.

**Admiralspalast.**

Die Prinzessin von Tregant

Saldah. Deutsche Tänze.

Kähler Aufenthalt.

7 1/2, Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

**Charlottenburg.** im Volkshaus, Posten-

straße 3 (Erd.). Allgemeine Mit-

gliederversammlung. Vortrag über die

sehr wichtige Frage: „Die neuen Be-

völkerungsgesetze.“ Rednerin:

Frau Dr. David. Es muß erwartet

werden, daß alle Mitglieder, ins-

besondere aber die Frauen, ihr

Interesse bekunden durch einen zahlrei-

chen und pünktlichen Besuch dieser Ver-

sammlung. **Cöpenick.** Althof, bei GutsMuths,

Alter Markt.

Dammschiff, bei Karl Redde, Raffer-

Waldem.-Str. 5.

Rieser Vorstadt, bei Adolf Tiede, Mar-

tenstraße 17.

Röhlische Vorstadt, bei Albert Zippkehl,

Schöneberg-Str. 5.

**Mariondorf.** im Sportrestaurant, Chaus-

see-Str. 44.

**Neukölln.** 1. und 2. Bezirk bei Schulz,

Neulehrstr. 47.

3. und 4. Bezirk bei Karl Müller, Wef-

erstraße 200.

5. Bezirk bei Schittler, Weichselstr. 5.

6. Bezirk bei Rood, Wefstr. 41.

7. Bezirk bei Robert Jörn, Döbblinstr. 58.

**Sozialdemokr. Verein für Berlin I.**

Mitgliederversammlung

bei Glaue, Kommanbantenstr. 88.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten und

verschiedenes. Vortrag: Die Wahlrecht-

frage.

**Sozialdemokr. Verein für Berlin II.**

Mitgliederversammlungen:

I. und II. Abt. Westen bei Wiser, Eitelme-

yerstraße 90a.

III., IV. und V. Abt. Friedrichstadt und Süd-

westen, Lindenstr. 8, II. Hof III.

VI. Abt. Südwesten bei Schuster, Chamisso-

platz 4.

VII. u. VIII. Abt. Süden bei Reim, Urban-

str. 29.

**Sozialdemokr. Verein für Berlin III.**

Mitgliederversammlung

im Gewerkschaftshaus, Angelierstr. 15.

Vortrag des Genossen Adolf Ritter:

Die preussische Wahlrechtsfrage.

**Sozialdemokr. Verein für Berlin IV.**

Mitgliederversammlungen:

Petersburger Viertel: bei Käpff, Schreiner-

straße 58. Tagesordnung: Neuwahl

der Bezirksleitung. Politisches

und bündliches Ergehen erforderlich.

**Landsberger Viertel:** im Gymn., Lands-

berger Allee 40.

**Frankfurter Viertel:** im Kleinen Gewer-

kschaftshaus, Althofstr. 11.

**Strosauer Viertel:** bei Dr. Reisch, Simon-

hof-Str. 2, Ecke Reiner Str. 2. Mit-

teilungen, Bericht, Verschiedenes.

**Görlitzer und Cöpenicker Viertel:** bei

Deus, Langstr. 48. Tagesordnung:

Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes.

**Sozialdemokr. Verein für Berlin V.**

Mitgliederversammlungen:

Abt. 1 u. 1a bei Winger, Christophstr. 9,

Ecke Winkstr.

Abt. 1 b bei Schwanderg, Rappardstr. 3.

Abt. 2 u. 3 bei Käpff, Lindenstr. 8.

Abt. 4, 5 u. 6 bei Wiser, Lindenstr. 198.

Abt. 7 bei Reibig, Schiffbauerdamm 22.

**Sozialdemokr. Verein für Berlin VI.**

Mitgliederversammlungen:

1. u. 2. Abt. bei P. Dobrosław, Ewinemänder

Str. 11.

3. u. 4. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 189,

Ecke Kauerstr.

5. Abt. bei Grünau, Stahlfelmer Str. 30, am

Summenschlag.

6. Abt. bei Goldschmidt, Eitelmeier Str. 96.

7. Abt. bei Horn, Wilmstr. 10, Ecke Kallplatz.

8. Abt. bei Hoffmann, Ewinemänder Str. 47.

9. Abt. bei Ohlig, Eitelmeier Str. 11.

10. Abt. bei Carns, Voltaire 37.

11. Abt. bei Paul, Goltzstr. 101.

12. u. 15. Abt. bei Bauer, Bülowstr. 29a.

13. u. 14. Abt. bei Lange, Wilmstr. 45.

16., 17., 20., 21. u. 22. Abt. bei Zsch,

Lindener Straße 20.

18. und 19. Abt. im „Schwedenselt“, Ecke

Schwedenstraße und Grzyzlerstraße.

**Sozialdemokr. Verein für Cettow-**

**Pereschow-Storkow-Charlottenburg.**

Mitgliederversammlungen:

**Alt-Gliencke-Falkenberg** bei Fritz

Bahr, Cöpenicker Straße 45, Jaklabend.

**Britz-Buckow** in Peters Gesellschafts-

haus, Britz, Garsdorferstraße 97. Vortrag

des Genossen Dr. Garsfeld.

**Sozialdemokratischer Verein**

**für Niederbarnim.**

Mitgliederversammlungen:

**Erkner.** Jahlabend bei Eichhorn, Wilhelm-

straße, Gensdorf-Weiler sind eingeladen.

**Lichtenberg** bei Kurwisch, Wilmstr. 72

(am Verbindungsweg). Tagesordnung:

1. Quartalabrechnung. 2. Bericht vom

Bezirksrat. 3. Bericht von der General-

versammlung Groß-Berlin. 4. Verschiedenes.

„Vorwärts“-Feier und Freunde sind ein-

geladen.

**Oberschöneweide.** Jahlabend bei Lade-

wig, Sauerstr. 5.

**Reinickendorf-Ost.** Am Mittwoch, den

14. 8., abends 8 Uhr, finden zwei Zusammen-

künfte der Mitglieder statt, und zwar: für

Reinickendorf-Mitte: Reibigstraße und

Schillerstraße bei Richter, Goltzstr. 101. Und

Reinickendorf-Ost: Wilmstr. 72. Tages-

ordnung: 1. Quartalabrechnung. 2. Bericht vom

Bezirksrat. 3. Bericht von der General-

versammlung Groß-Berlin. 4. Verschiedenes.

**Bekanntmachung.**

**Verteilung von Einmachezucker.**

Gemäß § 5 der Verordnung des Magistrats Berlin über

Lebensmittelfragen vom 18. Oktober 1916 wird für den Ge-

meindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:

I.

Auf Abschnitt Nr. 59 der Groß-Berliner Lebensmittelfarte

mit Aufdruck „Stadt Berlin“ ist 1 Pfund Einmachezucker abzu-

geben.

II.

Der Befehlabschnitt Nr. 59 der Groß-Berliner Lebensmittelfarte

mit Aufdruck „Stadt Berlin“ ist in dem zum Zufuhrklein-

handel zugelassenen Geschäften wegen Abstellung des Emp-

fangsabschnittes abzuliefern, und zwar in der Zeit

von Donnerstag, den 15. August 1918,

bis Sonnabend, den 17. August 1918

einschließlich.

Nachträgliche Anmeldungen sind nicht zulässig.

III.

Nur wer am 10. August d. J. seinen händigen Kaufentfall

in Berlin gehabt hat, hat Anspruch auf Einmachezucker. Später

Eingezogene haben sich an den Ort ihres früheren Aufenthalts

zu wenden, falls sie auf solchen Zucker Anspruch machen.

IV.

Jeder Kleinhändler ist verpflichtet, den Verkaufsbeginn durch

Anschlag anzuzeigen; vor Mittwoch, den 28. August 1918,

darf mit dem Verkauf nicht begonnen werden. Der

Käufer ist verpflichtet, bei der Entnahme des Zuckers den

Empfangsabschnitt vorzulegen. Der Verkäufer hat den Empfangs-



Der Schiedsgerichtsgedanke in der Geschichte der Völker.

Der Gedanke von der Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts, das in Zukunft alle Streitigkeiten zwischen Völkern auf friedlichem Wege regeln soll, wird im Zusammenhang mit der Idee des Völkerbundes gegenwärtig wieder eifrig besprochen.

Von nun an sind es bis in die jüngste Vergangenheit fast nur Philosophen und Völkerrechtler gewesen, die den Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit im Völkerrecht verarbeiteten.

Schon früher als der Abbé, hatte sich Leibniz mit ähnlichen Gedanken beschäftigt. In seiner Schrift über das Recht der deutschen Fürsten, sich durch Gesandte auf dem Rheinweg Kongreß vertreten zu lassen, spricht er dem Kaiser und dem Papst als den Hauptern der Christenheit eine schiedsrichterliche Befugnis in Sachen der Völker zu.

Die Völkerrechtler des 18. Jahrhunderts kommen ebenfalls auf den Gedanken des Schiedsgerichts zurück. Karl G. W. G. v. Heine schreibt in seinem 1787 erschienenen „Europäischen Völkerrecht in Friedenszeiten“:

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Die Fabriken der Aktiengesellschaft Kehler & Endelmann schlossen den Garten mit einer riesigen roten Mauer ab, deren unzählige Fenster in der Sonne glänzten.

Der Kutscher fuhr ein großes, mit Treibhausblumen und Wäscen besetztes Beet herum und auf die Kampe, deren Säulen, mit Eisen umrankt, eine Terrasse trugen, die von einer hölzernen, Marmor imitierenden Balustrade umgeben war.

Der lange Flur war mit einem roten Teppich ausgelegt, in der Mitte stand ein großes Beet blühender Rhododendren. Eine breite Treppe führte in den ersten Stock; sie war gleichfalls mit einem roten Teppich bedeckt, an den Seiten schmückten sie Reihen von Azaleenbüschen, die sich von den mit dunkelrotem Damast beschlagenen Wänden wie Schneebänder abhoben.

Das elektrische Licht überflutete das Wohnzimmer und die Treppe und funkelte in den großen Spiegeln des Vorkamms.

Kafalen in schwarzen Vivreen, mit goldenen Tressen an den Ärmen, hielten den Ankommenden beim Ausziehen.

„Es ist ja sehr schön hier!“ sagte Wela, mit Rosa die Treppe emporsteigend.

„Schön,“ erwiderte Schaja verächtlich, pflückte nachlässig im Vorbeigehen Blumen ab, warf sie auf den Teppich und zertrat sie mit seinen knarrenden Stiefeln.

Endelmann kam ihnen bis vor die Tür entgegen, begrüßte sie entzückt und führte sie ostentativ in den Salon ein.

„Herr Rat sind sehr güte, Herr Rat, was?“ Er schloß jeden Satz immer mit einer Frage, das Ohr hinhaltend, weil er etwas schwerhörig war.

„Ich wollt' dich mal sehen, Endelmann, na, und wie geht's dir denn?“ Er klopfte ihm freundschaftlich auf die Schulter.

„Danke sehr, mir geht's gut und meiner Frau auch, was?“

Das Stimmengedröse im Salon ließ bei ihrem Erscheinen etwas nach, viele standen auf, um den Baumvorkönig zu begrüßen, der in seinem langen, schwarzen Kasan und hohen Lackstiefeln von den Gradanzügen der anderen Gäste sehr abstach.

war ehemals das Gericht der Amphiktyonen bei den griechischen Staaten. Auch Schleiermeyer in seinem „System eines freien Friedens“ sieht zur Erledigung internationaler Streitigkeiten ein jedesmal zu bildendes Schiedsgericht vor, in dem die Richter nach dem allgemeinen Gelehen der Gerechtigkeit und der Vernunft ihr Urteil sprechen.

Ein Schiedsgerichtshof ist dann zum erstenmal seit den Zeiten des Mittelalters wieder von der ersten Haager Konvention ins Leben gerufen worden, doch war er nicht mehr als eine Liste von Richtern, aus denen den streitenden Staaten freistehend, Schiedsrichter zu wählen, wenn sie ihren Streit auf diese Weise austragen wollten. Damit konnte der Frieden nicht gesichert werden.

Die Cholera.

Zur Epidemie in Petersburg.

Nicht zum ersten Male ist die Hauptstadt des ehemaligen Zarreiches der Schauplatz einer verheerenden Choleraepidemie, wie sie auch jetzt wieder über die in lamidärer Beziehung stark rückständige Metropole hereingebrochen ist. Es war im Jahre 1817, als die Cholera ihre erste große Wanderung begann, deren Weg von der Ostküste Indiens nach Ostindien, von dort nach Persien, dann über die Kaspische Meer und weiter nach Europa durch die Türkei, die Halbinsel Krim und weiter nach Petersburg und Finnland verlief.

Wiederum war eine Reihe von Jahren Ruhe, bis 1834, durch französische Schiffe von Indien eingeschleppt, die Seuche in Toulon und Marseille ausbrach und von dort nach Italien verschleppt wurde. Dort wütete sie, namentlich in Neapel, mit außerordentlicher Heftigkeit; Hunderttausende fielen in jenem Jahre in Italien der Cholera zum Opfer. 1835 brach die Seuche aus neu, diesmal in Spanien aus, worauf sie in Europa wieder für eine Reihe von Jahren erlosch, Unvergessen ist die furchtbare Choleraepidemie von Hamburg aus dem Jahre 1832. Von Venedig aus war die Seuche über Ostindien nach Russland gewandert, wo sie sich schnell über das ganze, weite Land verbreitete, und von wo sie nach Hamburg verschleppt wurde. Mehr als 7000 Einwohner der Hansestadt fielen der Epidemie in der Zeit von August bis Oktober 1832 zum Opfer. Daut der ausgezeichneten sanitären Verhältnisse in Deutschland

blieb die Cholera auf Hamburg beschränkt, und es kam nur ganz vereinzelt zu einigen verschleppten Erkrankungen. Die nächste Cholerawanderung begann im Jahre 1860. Sie nahm diesmal von Kalkutta und Bombay aus ihren Weg nach dem Osten, nach Singapur, den Philippinen, China, Japan und der Mandchurie. Indische Pilger verschleppten sie mit ihren Karawanen im März 1862 nach Afrika und von dort nach Ägypten. Von hier aus gelangte die Cholera nach Valparaiso, erreichte 1864 Bagdad und Persien und brang über Sibirien nach Russland vor. Den ganzen Herbst des Jahres 1864 hindurch wütete die Cholera im Kaukasus, wo sie 2000 Opfer forderte. Im April 1865 sprang sie nach Russland und Polen über, wo ihre 400 Versionen zum Opfer fielen und erlitten mit vereinzelt eingeschleppten Fällen auch in Deutschland, besonders im Rheingebiet und sogar vor den Toren von Berlin, in Prenzlauerberg, 1907 brach die Seuche in Astrachan aus, folgte dem Lauf der Wolga, des Don und des Dnjepr und gelangte nach Petersburg, wo sie 6000 Opfer hintraff. Bald darauf brach die Cholera in Hebräen aus; in Wladiwostok wurden 40000 Tote gezählt. 1903 hatte die Seuche ganz Russland erfasst, wo 14000 Tode gezählt wurden. Im Jahre darauf nahm die Cholera, begünstigt durch die dort herrschende Hitze in Russland abermals einen großen Umfang an. Bei 21000 Erkrankungen kamen 6000 Todesfälle vor. Im April 1909 wurde auch in Stockholm bei einem aus Russland kommenden Reisenden die Cholera konstatiert. Einige Tage später war sie bereits durch den Dampfer Eiderfeld nach Holland gelangt, wo sie jedoch durch umfassende Maßregeln im Keime erstickt wurde. Auch in Königsberg und neun anderen deutschen Städten kamen 1909 vereinzelt Fälle vor. Die der jetzigen zeitlich am nächsten stehende Choleraepidemie, die Russland zwar ziemlich verschonte, dafür aber in Südrußland, wo sie schon im vorhergehenden Sommer aufgetreten war, ihr Hauptquartier aufschlug, war die vom Jahre 1911. Damals herrschte die Cholera nicht nur in Italien, sondern auch in der Türkei, und die Häfen Südfrankreichs mußten angesichts der zahlreichen Befreiungsfälle gleichfalls als Cholera verzeichnet angesehen werden. Nach der amtlichen Statistik sollen vom 22. Juni bis zum 6. Juli 1911 im Königreich Italien 751 Erkrankungen vorgekommen sein; doch waren diese Ziffern zweifellos noch viel zu niedrig gegriffen, denn es steht fest, daß im Juni allein in Palermo, eine Zeitlang Tag für Tag 100 Erkrankungenfälle vorgekommen sind.

Weg aller Anstrengungen ist es nicht möglich, Einzelfälle von Cholera ganz fernzuhalten, doch bieten die moderne Hygiene und die neuzeitlichen Schutzmaßnahmen eine ziemliche Gewähr dafür, daß Epidemien, wie die russische, in Deutschland und dem übrigen Europa nicht wieder auftreten.

Stellenangebot.

Für augenblicklich oder später  
Gruft für einen leeren Thron  
Ein halbes Duzend Landesväter  
Bei freier Kost und hohem Lohn.

Bedingung: Schöne Sägespäne,  
Im Aufschreiben sehr geschickt,  
Und muß der Wagen plötzlich halten,  
Ein Kopf, der immer lächelnd nickt.

Auch bietet man vor allen Dingen  
Die Herren Bewerber alt und jung,  
Den Keisleroffizier mitzubringen,  
Da vierzehntägige Kündigung.

Bureau für stellenlose Heiden  
Von blauem Blut und stubenrein.  
Von neun bis zwölf Uhr sich zu melden  
Mit Impf-, Geburts- und Heilmittelchein.

(Edgar Steiger vom „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Bestrahlungen mit ultraviolettem Licht gegen Influenza. In der Münchener Medizinischen Wochenschrift macht Oberstabsarzt Dr. Hasnagel darauf aufmerksam, daß nach seinen Erfahrungen allgemeine Bestrahlungen mit ultraviolettem Licht die beginnende Grippe nicht selten sofort zum Stillstand bringe. Der Körper wird an zwei, höchstens drei aufeinanderfolgenden Tagen zuerst je zwei, dann drei Minuten in einer Entfernung von zuerst etwa 70, dann 50 Zentimeter allgemein bestrahlt. Danach ist Ruhe unbedingt erforderlich.

Er durchschritt den Salon mit einem sehr quädeln Lächeln, reichte einigen die Hand, anderen Kopfe er auf die Schulter, den Frauen nickte er mit dem Kopf zu und schaute mit zugekniffenen Augen im Salon herum.

Der junge Kehler schob einen Hauteuil vor; er sank schwer zurück, und sofort umgab ihn ein Menschengebränge.

„Der Herr Rat sind müd? Ein Glas Champagner vielleicht, ausgezeichnete Marke, was?“

„Gut,“ sagte er feierlich, wuschelte sich mit einem bunten Tuch die Brille ab, und erst als er sie sich wieder aufgesetzt hatte, begann er die vielen Fragen, die an ihn gerichtet wurden, zu beantworten.

„Wie sieht's mit der Gesundheit, Herr Rat?“

„Sind Herr Rat wieder bei gutem Appetit?“

„Wann fahren der Herr Rat ins Bad?“

„Der Herr Rat sehen glänzend aus!“

„Warum sollte ich schlecht ausschauen,“ erwiderte er lächelnd und hörte mit einer gewissen wagwerfenden Müdigkeit den Chor der Stimmen weiter an, folgte dabei Rosa mit den Augen, die einige junge, hellgekleidete Frauen umgeben hatten.

Ein etwas lauter Lärm brach in den Boudoirs neben dem Salon und in dem Büfettsaal und in einer großen Gruppe von Frauen und Mädchen aus, die in der Mitte des Salons saßen.

Zwei Sprachen herrschten vor: fast alle Jüdinnen, alte und junge, und eine kleine Anzahl Polinnen sprachen französisch; des Deutschen bedienten sich Juden, Deutsche und Polen.

Wlos hier und da klang leise die polnische Sprache, in der sich eine Gruppe von Ingenieuren, Aerzten und anderen Spezialisten verständigten, die angesehen genug waren, um bei Endelmanns eingeladen zu werden, aber im Vergleich zu den Millionären eine zu geringe Rolle spielten, um im Salon irgendwie hervortreten zu können.

Endelmann kehrte bald zurück, ihm voran schritt ein Lakai, ein silbernes Tablett in den Händen, auf dem ein Glas, ein silberner Kühler und eine eisgekühlte Flasche Champagner standen.

Endelmann zwickte die Naseldrühte durch, schenkte selbst das perlende Getränk ein und reichte es.

Wendelsohn trank langsam und schlürfte mit Remer-miene.

„Nicht schlecht, ich danke dir, Endelmann.“

„Das glaub' ich, eh' Kubel die Flasche.“

Mehrere Stühle, Labarets und niedrige Hauteuils

formten einen Halbkreis um Schaja, der wie ein König, von seinem Hof und seinen Basallen umgeben, in der Mitte saß; er öffnete den Kopf, die Schöße fielen auf den Boden, und eine Aktaweste wurde sichtbar, unter der zwei weiße Schürze heraushingen; ein Bein schlug er über das andere, so hoch, daß die Spitze seines Stiefels in der Höhe der Köpfe der um ihn Herumsitzenden war.

Nach jedem seiner Worte verneigten sich alle demütig, mitten im Wort verstummten die Lippen, wenn er sprach, und alle folgten jedem Aufschwühen seiner großen, schwarzen, von geröteten Lidern untrandeten Augen, jeder Bewegung seiner mageren, gelben Hand mit den abgebißnen Nägeln und den gekrümmten Fingern; er plättete seinen Lagen, weißen Bart und das kurzgeschorene Haar, durch das die Kopfhaut rötlich durchschimmerte.

Sein Gesicht hatte die Farbe von Safran und war sehr mager und unglücklich bemeglich, die Nase krumm und so lang, daß sie über den Mund herabhing.

Er sprach langsam, betonte jedes Wort und zog die weiße, stark gewölbte Stirn zusammen, die an den Schläfen eingefallen und von tiefen, erstarreten Runzeln bedeckt war.

Seinen unzähligen Millionen brachten die einzelnen Millionen und die jämmerlichen Hunderttausende Goldbügung und Ehrerbietung dar; ein enträchtigter, harmonischer Kreis von Juden, Deutschen und Polen umgab ihn; vor seiner alle erdrückenden und selbst die Nächsten hypnotisierenden Macht verstummten die Massenantagonisten, verschwand der Konkurrenzreiz, die persönlichen Feindschaften — gegen diesen Fecht fühlten sich alle als Grindlinge und warteten unruhig, daß er sie verschlünde; aber Schaja war heut gut gelaunt, wollte von Geschäften nicht sprechen und scherzte sogar.

„Kippmann, einen Bauh hast du, als ob du ein ganzes Stück Borkal da versteckt hättest.“

„Wozu soll' ich ein ganzes Stück Borkal verstecken, ich bin krank, ich muß gleich nach Karlsbad fahren.“

So unterhielten sich die Lodzer Millionäre; im Salon wurde es immer lebhafter, denn jeden Augenblick erschien noch jemand.

Frau Endelmann machte die Honneurs mit großer Geschäftlichkeit und Würde, ihr Mann half ihr dabei energisch, und immer wieder hörte man sein durchdringliches: Was?

Das Klauschen der Seidenkleider, das Plüschern der Sprechenden und der Duft von Parfüm und Blumen füllten langsam den riesigen Salon, einen der prachtvollsten in Lodz.

(Fort. folgt.)







# Elektrifizierung der Schweizerischen Bundesbahnen.

Bern, 18. August. (Weldung der Schweizerischen Depesch-agentur.) Die Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen unterbreitet dem Verwaltungsrat das Programm für die Elektrifizierung des Bundesbahnnetzes. Nach diesem Programm soll das ganze Bundesbahnnetz binnen 30 Jahren elektrifiziert werden, und zwar die Hauptlinien, die zwei Fünftel des Netzes ausmachen, binnen zehn Jahren, die übrigen Linien je nach Bedeutung in dem zweiten und dritten Jahrzehnt. Die Kosten werden auf 4 Milliarden geschätzt, zusammen mit dem Ausbau des Bahnnetzes und der Anschaffung des Rollmaterials werden jährlich die Ausgaben etwa 80 bis 90 Millionen betragen, welche Summe durch Anleihen aufgebracht werden soll.

Der Bedarf an elektrischer Energie von 2000 Pferdekraften ist bereits zu 1/4 gedeckt, das letzte Viertel kann leicht beschafft werden. Die Generaldirektion, die früher infolge der großen Kosten nur schrittweise an die Elektrifizierung herantreten wollte, hat infolge der Einwirkungen des Weltkrieges und der Schwierigkeit der Kohlenversorgung die Meinung geändert und drängt nunmehr auf gleichzeitige Inanspruchnahme der Elektrifizierung der verschiedenen Strecken. Mit Rücksicht darauf, daß das Parlament in der Junifession auf eine rasche Durchführung der Elektrifizierung gedrängt hat, besteht kein Zweifel, daß der Verwaltungsrat den Anträgen der Generaldirektion zustimmen und die Elektrifizierung energisch in die Hand genommen wird.

## Vogrompropaganda in Oesterreich.

Das Jüdische Pressebureau in Stockholm berichtet: Der Vorstand der jüdischen Gemeinde in Wien hat eine von 400 jüdischen Gemeinden Oesterreichs unterstützte Protestresolution gegen die antisemitische Woge in Oesterreich erlassen, in der es heißt:

„Der Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde legt namens der von ihm vertretenen Jüdischaft auf das entschiedenste feierliche Verbotung dagegen ein, daß neuerdings seit einer Reihe von Monaten in Wien und ganz Oesterreich unter Duldung der Behörden eine systematische Wählerarbeit Platz gegriffen hat, die den offenkundigen Zweck verfolgt, die christliche Bevölkerung Oesterreichs gegen die Juden zu verhetzen und zu Ausschreitungen gegen dieselben anzuregen. Diese antisemitische Organisation hat in Oesterreich in den sogenannten Deutschen Volkstagen ihren Höhepunkt erreicht, in deren Verlauf die in Massen anwesende Bevölkerung zu direkten Vogromen gegen die Juden aufgefordert wurde, ein Beginnen, das angeht des in der Bevölkerung angehäuftes Händstoffs fast zu unmittelbarem Erfolg geführt hätte.“

Die Resolution weist dann die gegen die Juden erhobenen Anschuldigungen im einzelnen zurück und hebt die großen Opfer hervor, die die jüdische Bevölkerung, trotz mannigfacher Zurücksetzung, während des Krieges für das Staatsganze gebracht hat. Sie schließt mit den Worten:

Die Jüdischaft Oesterreichs lehnt jede Verantwortung für die bei weiterer Duldung dieser Vergehungen gegen die Juden unausbleiblichen Folgen ab und wird sich letzten Endes gezwungen sehen, sich zum Schutz ihrer eigenen Existenz, zur Abwehr der ihr drohenden Gefahr zu organisieren.“

Die Veranstalter der Woge sind die österreichischen Alideutschen. Ihre Kreise gibt einen Fingerzeig dafür, welche Vorteile unsere einheimischen Alideutschen ziehen werden, wenn die Erbitterung gegen sie freien Lauf hat. Versteht haben sie diese „Divergenz“ ja schon mehrfach, bisher allerdings ohne jeden Erfolg.

Oberleutnant Ewenhardt, nach dem Tode Richters der erfolgreichste deutsche Kampfflieger, ist nun auch gefallen. Er hat 53 Luftsiege davongetragen.

Englandreise Wilsons? Dem „Amsterdamer Handelsblatt“ zufolge meldet „Becky Dispatch“, daß Präsident Wilson nach England kommen werde. Das Blatt meint, daß es gut sein würde, wenn Präsident Wilson kommen könnte, während die Minister der Dominions noch in London wären, besonders mit Rücksicht auf die Frage der deutschen Kolonien und der Wirtschaftspolitik. — Wie die „Times“ aus New York erzählt, hat der Unterdirektor des Federal Reserve Board, Warburg, sein Amt niedergelegt, nachdem wegen seiner deutschen Abstammung — Warburg ist naturalisierter Amerikaner und hat nahe Verwandte in Deutschland — heftige Angriffe gegen ihn erhoben waren.

## Einberufung des Hauptausschusses?

Unter dieser Ueberschrift schreibt das „Berliner Tageblatt“:

Als im Jahre 1918 der Reichstag einen besonderen Ausschuss für auswärtige Politik einsehen wollte, der dauernd, auch während der Vertagung des Parlaments, von der Regierung in den wichtigsten Auslandsfragen auf dem laufenden erhalten werden sollte, um rechtzeitig zu neuen Problemen Stellung nehmen zu können, einigte man sich schließlich dahin, daß diese Aufgabe, vorerst aber nur während der Kriegszeit, dem Hauptausschuss übertragen werden sollte. Wenn je mühte unseres Staates der Vorsitzende dieses Ausschusses, der sozialdemokratische Abgeordnete Gert, jeht Gelegenheit nehmen, ihn einzuberufen. Eine ganze Reihe von Auslandsfragen drängt zur Entscheidung, und wenn der Reichstag nicht wieder, wie schon wiederholt, vor vollendete Tatsachen gestellt werden will, wird er jeht, fünf Wochen vor neuen schwerwiegenden Entscheidungen, auf eine Darlegung der Ziele unserer auswärtigen Politik dringen müssen. Wir brauchen nicht erst hervorzuheben, daß es sich dabei in erster Linie um die Verhältnisse in Finnland, in Polen, in Estland, in der Ukraine und ganz besonders in dem eigentlichen Rußland selbst handelt. Diese parlamentarische Aussprache über alle diese Fragen dürfte so notwendig sein, als der neue Staatssekretär des Reiches, Herr v. S i n g e, bisher noch keine Zeit gehabt hat, sich klar und eindeutig über seine Stellungnahme zu diesen verschiedenen außenpolitischen Problemen zu äußern.

## Der Bauernbund gegen die Wahlrechtsreaktion.

Das Organ des Deutschen Bauernbundes bespricht in der Augustnummer den Stand der preussischen Wahlreform und schreibt:

Im September wird die Kommission des Herrenhauses sich mit der preussischen Wahlrechtsvorlage befassen. Das Abgeordnetenhaus hat die Regierungsvorlage in ganz unannehmbare Weise verändert und in eine Form gebracht, die den schärfsten Widerspruch auch unserer Freunde hervorgerufen hat. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß angesichts des Krieges eine Verengung der irgendwie auf Besitz und Vermögen sich gründet, unmöglich ist. Vor dem Krieg wäre dies sehr wohl angängig gewesen. Nun wird eine Selbstständigkeitsstimme gewährt. Wer ist nicht

alles selbständig und würde dadurch bevorzugt sein. Der Stiefelputzer wäre selbständig, der am Bahnhof Friedrichstraße die Fremden empfängt, der Direktor eines großen Werkes wäre nicht selbständig. Mit der Altersstimme können wir einverstanden sein. Geradezu unerträglich ist aber die Verlängerung der Wohnjahre auf zwei Jahre. Mit vollem Recht wird dies die allerhöchste Mißbilligung in den Kreisen von Beamten und Arbeitern hervorzurufen, aber auch Landwirte, welche sich ein Grundstück neu erwerben, sind schwer benachteiligt. Mit einer derartigen Bestimmung belastet, würde das Wahlrecht nicht den innern Frieden bringen. Noch unerträglich ist die Bestimmung, daß eine Dreiviertelmehrheit beider Parlamente, auch des immer noch rechtsreaktionären Herrenhauses, für wichtige Gesetze erforderlich wird. Das bedeutet den Stillstand von Reformen überhaupt.

Es ist bedauerlich, daß sich auch diese liberale Vereinigung von Landwirten nicht zu einer glatten Besürwortung des gleichen Wahlrechts entschließen kann, wiewohl in ihrer Kundgebung ein erfreulicher Gegenlag zur Haltung des Bundes der Landwirte hervortritt. Die Zukunft wird noch erweisen, daß der Sache der Landwirtschaft nichts so schädlich ist wie die Ueberleitung ihrer Bestrebungen in politisch-reaktionäres Fahrwasser. Denn wenn man auch der städtischen Bevölkerung begreiflich machen kann, daß die Landwirte ihren wirtschaftlichen Vorteil suchen wie sie den ihren und daß die Schaffung eines Interessenausgleichs in beiderseitigem Interesse ist, so wird eine von reaktionären Großgrundbesitzern geführte agrarische Bewegung immer nicht nur der Wirtschaftsgegner, sondern auch der politische Feind der Stadtbevölkerung bleiben. Die Landwirte handeln also politisch unklug, wenn sie sich der Führung durch solche Elemente anvertrauen.

Insofern der Bauernbund dies begriffen zu haben scheint, vertritt er die Sache der Landwirte besser als der große reaktionäre „Bund“. Um so mehr ist zu bedauern, daß er sich nicht zu einer geradlinigen Politik aufzuschwingen vermag.

## Wieder ein alideutscher Schwindel. Protest der Zeitungserleger.

Der alideutsche Schriftsteller Otto Hans Hopfen hatte in einer süddeutschen Zeitschrift einen Artikel veröffentlicht, der den Anschein zu erwecken suchte, als würde der prozentuale Beitrag, den Reich und Staat der Presse zur Deckung der enorm gesteigerten Papierpreise gewähren, zur Begünstigung der sog. „Verzichtsfriedenspresse“ mißbraucht. Dagegen erklärt die Vereinigung großstädtischer Zeitungserleger:

Die Vereinigung großstädtischer Zeitungserleger weist die in dem Artikel des Herrn Dr. Hopfen enthaltene Unterstellung mit Entrüstung zurück und stellt im Interesse der Wahrheit fest, daß der vom Reich und den Bundesstaaten gewährte Zuschuß den Tageszeitungen ohne jeden Unterschied der politischen Richtung nach Maßgabe der ihnen geschlich zustehenden Papiermenge gewährt wird. Es erhält also jede Zeitung pro Alilg des ihr zuzurechnenden Papiers genau die gleiche Summe, gleichviel ob es sich um ein Organ sozialdemokratischer, konservativer, fortschrittlicher oder alideutscher Richtung handelt, oder ob das betreffende Organ seiner politischen Richtung angehört.

Die Vereinigung großstädtischer Zeitungserleger verurteilt es aufs schärfste, daß Dr. Hopfen seinen geschäftigen Artikel, der den innern Frieden aufs schwerste durch seine falsche und irreführende Darstellung gefährden muß, ohne die geringste Prüfung der tatsächlichen Unterlagen veröffentlicht hat. Die Vereinigung großstädtischer Zeitungserleger spricht ihr Bedauern aus, daß in so ernster Zeit Veröffentlichungen gemacht werden, die niemandem nützen können, aber die vaterländischen Interessen, insbesondere den innern Frieden durch Irreführung aufs schwerste zu gefährden geeignet sind.

Diese Erklärung erhält ihren besonders pikanten Reiz dadurch, daß sie auch von den Verlagen alideutscher und konservativer Blätter („Berl. Lokalanzeiger“, „Deutsche Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“ usw.) mit unterzeichnet ist.

## Wie die Millionen verschwinden. Steuerhinterziehung eines Kriegsgewinners.

Ein großer Steuerhinterziehungsprozeß wurde in dreitägiger Verhandlung vor der Obersten Strafkammer verhandelt. Angeklagt war der Generaldirektor Anton Karl Adels von den Remscheider Waffen- und Munitionswerken, die der Firma Rammesmann gehören. Diesem Generaldirektor, der eine in der deutschen Industrie bekannte Persönlichkeit ist und der das

### Berndienstkreuz für Kriegshilfe

berndienstkreuz für Kriegshilfe trägt, wurde nachgewiesen, daß er durch willkürlich falsche Angaben von Einkommen, Betriebs- und Kriegsgewinnsteuererklärungen den Steuerfiskus um ganz gewaltige Summen betrogen hat. Es handelt sich um Steuerhinterziehungen von bisher noch nicht bekanntem Umfange, die nicht nur Adels, sondern auch einer seiner Untergebenen, der Direktor Jilger ausgeführt hat. Der letztere hat sich seiner Aburteilung entzogen, indem er sich in einem Oberfelder Hotel vor einiger Zeit eine Kugel durch den Kopf jagte.

Jilger hat in den ersten drei Kriegsjahren über 5 1/2 Millionen Mark verdient, und zwar in der Hauptsache durch allerhand Schenkungen. Von diesen Geldern hat er Adels riesige Summen „geschenkt“. Auf eine Frage des Gerichtsvorsitzenden, wie Jilger dazu gekommen sei, dem Adels so große Summen zu schenken, erwiderte dieser: „Aus reiner Gefühlsübelsei.“ In Wirklichkeit lag die Sache so, daß Jilger gegen eine Provision von 5—10 Proz. als Vertreter der Rammesmann-Waffen- und Munitionswerke seit 1914 angestellt war und seinem Vorgesetzten Adels die Hälfte seines Verdienstes abtrat, aus sehr durchsichtigen Gründen. Die „Gefühlsübelsei“ des Jilger hat also einen sehr realen Hintergrund, da er nur mit Hilfe Adels' seine ungemein hohe Provision beziehen konnte. Jilger hatte gleich im Jahre 1915 ein Einkommen von 91 000 M., dieses steigerte sich im folgenden Jahre auf fast 250 000 M. und schließlich im Jahre 1917 auf die Höhe von 425 000 M. empör. Jilger legte die für Adels bestimmten Gelder bei verschiedenen Banken ginkbar an, nahm aber Verschleudungen bei diesen Konten vor, die sämtlich auf den Namen Adels lauteten. Auch bei einer Bank in der Schweiz und einer in Holland hinterlegte er für Adels 350 000 und 750 000 Franz. Adels war sich des Strafbarkeits seiner Handlung wohl bewußt, denn in der Offenheit vertrieb er den Verkehr mit Jilger und äußerte sich: „Mit solchem Lumpen lasse ich mich nicht ein.“ Dabei ließ er sich Hunderttausende von diesem „Lumpen“ schenken. Auch Jilger war sich bewußt, was er tat, denn in einem Abschiedsbrief schrieb er: „Wenn alles herauskommt, was wir beide, Adels und ich, gemacht haben.“

### Kommen wir aus dem Zuchthaus nicht mehr heraus.“

Auch von anderen Direktoren hat sich Adels größere Zuhendungen machen lassen. Der ihm unterstellte Direktor Ed. Schenke Adels

auf der Stelle 150 000 M., auch „aus Gefühlsübelsei“. Ed gab an, er sei Junggeselle, er wüßte nicht, was er mit dem vielen Geld anfangen solle.

Als Jilger sich erhob, war man der Meinung, daß dies wegen Unerschlagung bei den Rammesmann-Werken geschehen sei. Dieses Gerücht stellte sich aber bald als falsch heraus, denn der Generaldirektor und sein Direktor hatten nicht den Großindustriellen, sondern „nur“ den Staat betrogen, nämlich um die Steuern, die von diesen Einkünften zu entrichten waren. Darauf lautete auch die Anklage. Da mehrere Sachverständigen nun nicht in der Lage waren festzustellen, wieviel Steuern Adels im ganzen hinterzogen hat, so wurde folgende Rechnung aufgestellt: Die Kriegsgewinnsteuer würde ausgemacht haben im höchsten Maße 300 507 M., im niedrigsten Maße 84 187 M. ohne Zuschlag. Dieser beträgt bei der ersten Summe 78 803 M. und bei der letzteren 16 833 M.

Der Staatsanwalt kennzeichnete in seinem Plädoyer das Ungeheuerliche dieser Steuerhinterziehung. Es hätte mürdenhaft, wie diese Geldmengen mit ihrem Gelde umgegangen seien. Er sei der Ueberzeugung, daß noch weit höhere Vermögenswerte in Frage kämen, als die von den Sachverständigen ermittelten, und beantragte deshalb, die Höchstsumme zugrunde zu legen. Adels hat im Jahre 1915/16 ein Einkommen von 179 049 M. gehabt, versteuert habe er nur 11 300 M. Die hinterzogene Steuer betrage 83 711 M., im Steuerjahr 1916/17 habe Adels sein Vermögen auf nur 45 730 M. besetzt, in Wirklichkeit habe es betragen 785 720 M. Die Kriegsgewinnsteuer sei nach dem festgestellten Vermögen von 1 043 600 M. zu berechnen. Hier komme ein hinterzogener Betrag von 455 700 M. in Frage. Da der Angeklagte durch seine Uebereien die tatsächlichen Verhältnisse wie ein Timenisch zu verbunkeln sucht und

### das Vaterland schwer geschädigt

habe, müsse er auch entsprechend bestraft werden. Er habe mit den Mitteln des Vaterlandes, die ihm zugeslossen, schwersten Mißbrauch getrieben. Deshalb läge es im Interesse der gleichgültigen Gerechtigkeit, das Geld, das er dem Staate entzogen habe, wieder zurückzuführen. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von acht Monaten und für die in zwei Jahren hinterzogene Steuer 882 318 M. Geldstrafe, event. für je 15 M. einen Tag Haft bis zur Höchstzeit von drei Monaten. Die hinterzogene Beibrüner bzw. den mehrfachen als Strafe zu bemessenden Betrag berechnete der Staatsanwalt auf 2 278 500 M., an deren Stelle im Nichtbetriebsjahre ein Jahr Gefängnis zu verhängen wäre. Inherdem 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, was den Verlust des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe zufolge hat.

Die Verteidiger beantragten Freisprechung, indem sie ausführten, daß sowohl nach dem Einkommensteuergesetz als nach dem Kriegsgewinnsteuergesetz Nebeneinnahmen steuerfrei seien. Legten Endes widersprächen die Nebengeschäftlichen den guten Sitten, und aus solchen gezogener Gewinn sei nach konstanter Rechtsprechung des Reichsgerichts steuerfrei.

Das Urteil soll am 15. August gesprochen werden.

## Letzte Nachrichten.

### Lloyd George über die Erfolge der Alliierten.

London, 10. August. Reuters. Lloyd George hielt heute in Newport in Monmouthshire eine Rede, in der er von dem Erfolg der Alliierten an der Westfront sprach. Er sagte, es sei nur billig, einen großen Teil des Erfolges dem einheitlichen Oberbefehl zuzuschreiben. Dieser Sieg sei eine große komplizierte Operation, in der die Briten, die Franzosen und Amerikaner alle ihre Rolle spielten. Der einheitliche Oberbefehl, fuhr Lloyd George fort, hat es ermöglicht, den großen Sieg an der Marne und den zweiten großen Sieg an der Somme zu erringen. Es geht uns jeht sehr gut, aber wir müssen deswegen nicht allzu übermütig sein. Der Kampf ist noch nicht vorbei. Das Land muß sich auf seine Entschlossenheit und seinen Mut verlassen können. Es muß seine Rolle in dem langen Kampf weiter erfüllen.

### Holländische Beobachter des Seetreffens.

Amsterdam, 12. August. Das „Raandag Oosten Vast“ meldet aus Res auf der Insel Ameland vom 11.: Den ganzen Morgen war es in der Luft sehr bewegt. Schon vor 8 Uhr sah man etwa 20 Flugzeuge mit einem Juppelin auf eine englische Flottille von Motor- und Boot-Jäger in Jagd machen. Die belandeten, sollen etwa sechs dieser Schiffe getroffen und versenkt worden sein. Der Juppelin wurde von Torpedobooten abgehoffen; er fiel ungefähr 7 Meilen von der Küste in die See. Das Rettungsboot von Holland ist ausgefahren. Dies geschah um etwa 10 Uhr morgens. Später kamen, von einem deutschen Flugzeuge geholt, 10 deutsche Flugzeuge mit mehreren deutschen Torpedobooten an der Stelle, wo der Juppelin abgeschossen worden war, an und blieben dort kreuzend. Weitere Einzelheiten liegen noch nicht vor.

### Die Politik der Sozialrevolutionäre.

Konow, 11. August. Die am 25. Juli abgehaltene Konferenz der Linken sozialrevolutionären Partei führte, wie die Volkskühnischen Mitteilungen nach der „Rebeler Zeitung“ melden, zu einer Teilung nach drei Richtungen. Die erste Richtung unter Führung von Sach verurteilt scharf die ganze Politik des früheren Zentralkomitees, die andere unter der Leitung des früheren Volkskommissars für Landwirtschaft K o l e g a j e w erklärte, daß sie vorläufig in der Partei der Linken Sozialrevolutionäre bleibe, sich jedoch weiteste Aktionsfreiheit vorbehalte. Sie hält in Zukunft alle terroristischen Akte der Partei, welchen Zweck sie auch haben mögen, für unzulässig. Die dritte Richtung mit Frau W i e n k o an der Spitze verteidigt völlig die Politik des früheren Zentralkomitees. Die Richtungen von Sach und K o l e g a j e w zusammen beifügen mehr Delegierte als diejenige von Frau W i e n k o.

### Die Zusammensetzung der tschecho-slowakischen Armee.

Moskau, 10. August. Nach einem Bericht des soeben in Moskau eingetroffenen Kriegskommissars der tschechischen Armee gehen die Tschechen gegen die Arbeiter mit außerordentlicher Härte vor. In Osmel wurden 7000 Arbeiter verhaftet und viele erschossen. Der Prozenzfuß der Tschechen innerhalb der feindlichen Armeen beträgt jeht etwa 30 Proz. gegen 80 Proz. früher. Der Rest besteht hauptsächlich aus Offizieren und Weingardisten.

### Bemerkene Revision jugendlicher Mörder.

Leipzig, 12. August. Das Reichsgericht verwarf die Revision des 17-jährigen Barbierlehrlings Otto R a s c h und des 14-jährigen Gemeindeschulners Otto H a s s e aus Berlin, welche das Landgericht 11 Berlin am 23. April verurteilt hatte, und zwar H a s s e wegen Weichse zum Tode zu sechs Jahren Gefängnis.



# Gewerkschaftsbewegung

## Drohender Konflikt im Betrieb der Berliner elektrischen und städtischen Straßenbahn.

Dem Personal der Berliner elektrischen und städtischen Straßenbahn sind ihre am 4. Januar eingereichten Lohnforderungen erst kürzlich und auch nur zum Teil bewilligt worden. Während bei der Großen Berliner Straßenbahn die Lohn-erhöhung rückwirkend vom 1. Februar erfolgte, wurde dem Personal der städtischen Bahn ein Teil der Forderungen erst vom 1. April, und bei der elektrischen gar erst vom 1. Juli er. bewilligt. Das erregte begriffliche Unruhe um so mehr, als an dem Bewilligten noch recht viel gedrückt und „ausgelegt“ wurde, immer zum Nachteil des Personals. Das Personal der Berliner elektrischen Straßenbahn stellte daher neue Forderungen auf, nach welchen sie die Erhöhung des Grundlohnes von 40 auf 60 Pf. pro Stunde, einheitliche Bezahlung der Fahrer- und Schichtzulagen, volle Freiheit des Koalitionsrechts und Lohnaufrechnungszettel verlangten. Die Antwort hierauf wurde bis zum 10. August erbeten. Eine Vorbesprechung zwischen Betriebsleitung und dem Verbandsvertreter Genossen Rathmann konnte nicht zum Ziele führen, weil er ohne Hinzuziehung der Vertrauensleute zu der Verhandlung nicht verhandeln konnte. In einer am 9. August stattgefundenen Verhandlung zwischen Herrn Direktor Kanold und Herrn Vaurat Seifert einerseits und der Verhandlungskommission und den Verbandsvertretern andererseits, die im Bureau des Transportarbeiterverbandes tagte, konnten nur ungenügende Zugeständnisse erzielt werden. Das Personal lehnte in einer Versammlung diese Zugeständnisse als ungenügend ab und verlangte die Arbeitseinstellung. Genosse Rathmann wies in sehr eingehender Weise darauf hin, daß noch nicht alle Mittel einer friedlichen Lösung erschöpft seien und empfahl schließlich, das Ariansamt zur Vermittlung anzurufen. Angestellte aus dem Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn warnen ebenfalls vor einer Arbeitseinstellung, solange nicht der letzte Versuch zu einer gütlichen Beilegung des Konflikts gemacht sei. Die Einwände, daß ein solcher Instanzenweg erhebliche Zeit erfordere und zu befürchten sei, daß erst nach Monaten die Entscheidung fallen könne, seien nicht stichhaltig. Die Betriebsleitung könne die Sache in dringender Weise erledigen. Nach längerer zum Teil erregter Erörterung beschloß schließlich die Versammlung einstimmig, das Ariansamt zur Vermittlung anzurufen, nachdem die Betriebsleitung versichert hatte, daß sie für schnellste Erledigung sorgen werde.

Damit war die Arbeitseinstellung zunächst vermieden. Es dürfte nun Sache der Ariansstelle sein, auf schnellstem Wege ein Vermittlungsverfahren einzuleiten, damit das Personal zu seinem Recht kommt.

## Die Gelben drohen, gegen die Regierung „Maßnahmen anzuwenden“.

Unter der Überschrift „Eine kräftige Abjage an die Gelben“ gaben wir in Nr. 212 Kenntnis von einer Auslösung der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“, worin das Regierungsblatt behauptete, daß immer wieder geglaubt wird, durch mit finanziellen Mitteln künstlich großgezüchtete sogenannte gelbe Organisationen Störungsbewegungen gegen die Entwicklung des „unabhängigen Organisationsgedankens“ ausüben zu können. Diefem Auszug widmet die jüngste Nummer des „Berktverein“, Wochen-schrift für die „wirtschaftsrechtlichen nationalen Arbeiterbewegung“, unter Bezugnahme auf den „Vorwärts“ einen Leitartikel. Es wird darin gesagt, daß sich die „Nordd. Allg.“ früher ganz anders ausgedrückt habe; dann folgt ein langes Zitat aus einer den Gelben gewidmeten freundlichen Rede des Handelsministers Dr. Ebdow. Der jetzige „plöbliche, durch keinen Anlaß erklärliche Umsturz“

sei „erklaulich“. Es müsse unbedingt Klarheit geschaffen werden, ob es sich um einen von der Regierung veranlaßten oder gebligten Artikel handelt oder nicht. Den weiteren Ausführungen entnehmen wir folgende Stellen, wobei wir stets zu beachten bitten, daß es sich um ein wirtschaftsrechtliches Blatt handelt:

... Denn daß sich unter den heutigen Verhältnissen keine Regierung, auch die härteste nicht, den Lügen leisten kann, viele Tausende der staatsrechtlichen Elemente derart zu behandeln, dürfte dem natürliehen Postfakt klar sein. . . . Wenn allerdings die Regierung hinter diesen Artikel stehen sollte, dann könnte schließlich auch die Geduld der Berktvereine gegenüber dem Verhalten und den Maßnahmen der Regierung ein Ende finden. . . . Wenn zu dem bisherigen mehr als eigenartigen Verhalten auch noch vollkommen unberechnete aebällige Angriffe kommen sollten, dann wären die Berktvereine schließlich gezwungen, auch ihr Vorgehen den gegen sie beliebigen Maßnahmen anzupassen. Vaterlandstreue sind und bleiben sie freilich bis auf die Knochen. Aber der Begriff „Vaterland“ ist nicht derselbe wie der Begriff „Regierung“. Falls die Berktvereine zu der Ansicht kommen sollten, daß auf die Regierung nicht mehr bis jetzt angewandte Mittel des ruhigen Verhaltens (!) Eindruck macht, daß unsere von tiefstem vaterländischen Gefühl getragene Politik des Entgegenkommens (!) nur dazu benutz wird, um uns belächelt zu drängen, dann wären wir zu unserem Verhalten gezwungen. Maßnahmen anzuwenden, die der Regierung größeres Verständnis für unsere berechtigten Wünsche abzurufen geeignet sind. . . . Verlangen müssen wir unbedingt, daß sobald wie möglich (!) Klarheit entsteht, ob der Artikel der „N. A. Z.“ als Regierungs- oder als Privatäußerung anzusehen ist.

Als Schiller lebte und Niethel, gab es noch keine Gelben; also kann er auch nicht an unsere „Wirtschaftsrechtlichen“ gedacht haben, als er schrieb: „Mut zeigt auch der Kameluck!“ Wir möchten dennoch dem „Berktverein“ empfehlen, den schönen Sprüchen am Kopfe der Titelseite dieses Schiller'sche Wort hinzuzufügen. Und wenn jemand verwundert fragt, mit welcher Berechtigung das Blatt dieses Zitat im Schilde führe, so kann es mit Stolz darauf verweisen, daß es einstweilen der „stärksten Regierung“ gedroht habe, auf das „Mittel des ruhigen Verhaltens“ zu verzichten und „Maßnahmen anzuwenden“.

Aber im Ernst: Wenn sich herausstellt, daß der Artikel wirklich Regierungsarbeit ist, was werden die Gelben dann tun? Doch nicht nach dem niederträchtigen Vorbilde schändlicher „Streif-gewerkschaften“ — die Arbeit niederlegen! Aber was könnten sie denn sonst tun? Man sieht: der grundsätzliche Verzicht auf den Streik ist — ein zweischneidiges Schwert!

## Vereinbarungen im Mainzer Baugewerbe.

Die Unternehmerorganisation von Mainz hat jetzt mit den Vertretern des Bauarbeiterverbandes folgende Vereinbarung getroffen: Es wird mit gegenseitigem Einverständnis vereinbart, daß eine allgemeine Erhöhung der Kriegszulage von 40 auf 45 Pf. pro Stunde erfolgt, so daß nunmehr auf allen Baustellen im Lohn-gebiet Mainz eine gleichmäßige Kriegszulage gezahlt wird. Die Zulage beginnt am 9. August d. J. und wird erstmalig am 16. August ausgezahlt.

## Deutscher Hausbesitzertag.

Die Wohnungsnot ist nicht so groß. . . .

Dresden, 11. August.

Die öffentlichen Verhandlungen des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands begannen am Sonntag in Gegenwart zahlreicher Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden. Zu dem ersten Vortrag, den Geh. Regierungsrat Professor Bogit von der Frankfurter Universität über „Baufosten und Wohnungspolitik“ hielt, betonte der Redner, die Wohnungsnot ist nicht so groß, wie Lies-

macher einfach behaupten; doch liegt es mir fern, die Not überhaupt leugnen zu wollen. Die Baukosten sind gegenüber dem Friedensstand um 200 Prozent gestiegen. Es müsse versucht werden, dieselben zu verringern. Das Versprechen der Reformer, für die heimbedeutenen Arbeiter eigene Häuser mit Gärten zu errichten, werde schwer gehalten werden können. Das Endziel müsse Wiederherstellung eines freien Bau- und Wohnungsmarktes sein.

Regierungsbaumeister Nleemann sprach hierauf über Vereinfachung und Verbilligung des Bauens. Die Vereinfachung und Vereinfachung des Bauens müsse bereits bei der Erschließung des Baugeländes beginnen. Auch seien die Kosten für die Straßenherstellung auf das notwendige Maß zu beschränken.

Ausdann referierte Justizrat Dr. Baumert über gezielte Maßnahmen zur Förderung des Wohnungswesens. Der Redner meinte, daß alle irgendwie entbehrlichen baupolizeilichen und feuerlichen Vorschriften, wodurch die Herstellung von Wohnungen beeinträchtigt würden, zu beseitigen seien. Es werde sich, da nach dem Kriege der Bau von Mietshäusern kaum möglich sei, die Förderung des Kleinwohnungsbaus empfehlen. Zu diesem Zweck müßte eine Ermäßigung der Anliegerbeiträge sowie eine reichsrechtliche Vorschrift erfolgen, daß für Wohnräume keine höhere lichte Höhe als 2½ Meter verlangt werden dürfe.

Geheimer Justizrat Professor Dr. Oerimann von der Göttinger Universität besprach den Gesetzesentwurf über das Erbbaurecht. Für die Durchführung von Maßnahmen der Wohnungsbeschaffung und -fürsorge, insbesondere für die Zuwendung öffentlicher Mittel wird sich in der Regel das Erbbaurecht weniger eignen als die Eigentumsübertragung. Nur in Ausnahmefällen kann es zur Förderung des Kleinwohnungsbaus zur Anwendung kommen. Das Recht zur Vererbung des Erbbaurechts muß auf öffentliche Körperlichkeiten beschränkt und gegenüber Baugenossenschaften und anderen sogenannten gemeinnützigen Vereinen größeren Umfangs besondere Vorkehrungen getroffen werden. Redner wünscht Vorkehrungen dahin, daß das Erbbaurecht in der Hauptsache beschränkt bleibe auf die Erstellung eigentlicher Kleinwohnungen.

## Industrie und Handel.

### Die ukrainisch-russischen Verhandlungen.

In einer Sitzung der Finanz- und Verrechnungskommission legte die russische Delegation ein Verzeichnis der für eine Teilung in Betracht kommenden Staatsschulden Rußlands vor. Die ukrainische Delegation erklärte, daß auf die Ukraine etwa ein Fünftel der Staatsschulden und des Gesamtstaatsvermögens, entsprechend der Bevölkerungszahl der Ukraine und dem ukrainischen Anteil an den bisherigen Staatseinnahmen des russischen Reiches entfallen und forderte einen Anteil auch am Vermögen jenseits der ukrainischen Grenze, da der ganz unproportionalmäßig größere Teil des russischen Staatsvermögens sich in Großrußland befindet.

Ein Teil des Goldschatzes müsse unabhängig davon als Äquivalent für die Übernahme von Papiergeld abgetreten werden.

Interessant ist, daß die Ukrainer einen Teil der — annullierten Staatsschulden übernehmen wollen. Ob sie in die Pflichten des Schuldners eintreten oder die bloß formelle Übernahme der Staatsschuld lediglich als Rechtfertigung ihres Anspruches auf russisches Staatsvermögen gebrauchen wollen, steht dahin, wäre aber wohl der Aufklärung wert.

Beantwortlich für Politik: Erik Ostner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Borntrich-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Borntrich-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Emil Sittler u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Cicero 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Vorstandsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser  
**Otto Pallesky**  
Weißler Str. 44  
am 9. August gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. August, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Apostel-Schilppus-Kirchhofes in der Müller-, Ecke Seestraße, aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet. 116/13

**Nachrufe.**  
Den Mitgliedern fernher zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin  
**Elfriede Sommer**  
Neudamm, Ziechenstr. 31  
am 2. August gestorben ist.  
Den Mitgliedern fernher zur Nachricht, daß unser Kollege, der Elektromonteur  
**Richard Stogniw**  
Schlammannstr. 20  
am 6. August gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

**Kraft-Cura-Verein Süd-Ost**  
gegr. 1892.  
Vereinslokal:  
Restaur. Schöner, Stralau.  
Infolge Unfalls im Circus Sarrasani starb unser lieber Kollege  
**Bruno Metzner.**  
Wir verlieren in ihm einen ehrlichen und guten Sportkollegen.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, nam. 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes, Wilhelmberg, aus statt. 29085  
Der Vorstand.

**Radfahren**  
mit unseren Vereinfachungen ist erlaubt.  
**Glattwie Pneumatik**  
Th. Just & Co.,  
Belle-Alliance-Platz 15.

**Sozialdemokr. Wahlverein Berlin-Schöneberg.**  
Berlin 4.  
Am Donnerstag, den 8. d. M., verstarb ganz unerwartet infolge Schlaganfalls unser langjähriges Mitglied, die Genossin  
**Anna Franke.**  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. August, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des II. städtischen Schöneberger Friedhofes (Blauke Hölle) aus statt.  
Um rege Beteiligung eruchtet  
15/3 Der Vorstand.

Nach kurzem, schwerem Krankenlager endlich sanft am Donnerstag, den 8. d. M., meine liebe Frau, unsere treusorgende gute Mutter  
**Anna Franke**  
geb. Wartzak  
im 66. Lebensjahre.  
Im namenlosen Schmerz bittet um stille Teilnahme  
**Chr. Franke**  
194H nebst Kindern,  
B.-Schöneb., Weininger-Str. 9  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. d. M., um 5 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Schilppus, aus statt.

**Warum das Weib am Manne leidet u. u. Mann am Weibe.**  
Zu halt: Reiz zur Liebe u. Ehe. Herrentum. — Eifersucht — Intenz — Mangeltrau. — Kinderlegen. — Dinge, die man nicht saget. Pastor Schmidt schreibt im „Correspondent“: „Eins der ernstesten Bücher, die ich gelesen. Die Bilder, die der Verfasser entwirft, greifen an Herz und Gemüthen.“ — Preis M. 1,80.  
**Mädchen, die man nicht heiraten soll.**  
Zeitgemäße Aufklärung u. Warnungen in 174 Hb. Das wichtigste Buch für Männer. Preis 1,50 M. Beide Bücher zu geg. Vereinfach. portofrei. Nachnahme 25 Pf. mehr. Orania-Verl. Oranienburg 92.

Wenn Sie einen **ANZUG** benötigen,  
wenden Sie sich an uns, anstatt sich nach den Läden zu begeben, wo Sie für minderwertige Waren 100 bis 600 M. bezahlen werden. Es gibt zwar noch große Lagerbestände, die Gewinn suchend in diesem Augenblick in aller Eile gegenwärtig auf Lager zu mäßigen Preisen von Bekleidungs- und Bekleidungsgegenständen für Herren, Damen und Kinder, — Ihr dauerhafter u. schön gearbeiteter ca. 1½ Meter breit in Farben: schwarz, dunkelblau, dunkelgrün u. laubfarbig in Streifen oder Caros. Preis pro Meter nur 62 M. Sie werden z. Häßlich u. elegant. Anzug haben u. dabei einige Hundert M. sparen. Versand per Post in Abteilungen à 1½ Meter für Jackett resp. Hosen nebst Weste oder 3 Meter für d. ganz. Anzug. Der Betrag für d. Ware ist im voraus per Postanweisung einzulösen. Versandspesen übernehmen wir. Ohne Risiko! Falls die Ware nicht gefallen sollte, senden wir das Geld sofort zurück.  
Adr.: Tuchlager M. Bornstein  
Blasystok (Gouv. Urodon),  
Marktplatz 3.

**Ungewahnte Erwerbs-Möglichkeiten**  
bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall  
**geschulte Kräfte gesucht**  
sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht veräumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich ohne Lehrer, durch einfaches Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack-Hachfeld“. 80 S., starke Broschüre kostenlos.  
Sonness & Hochfeld, Potsdam  
Friedrich 167  
Hort, Prof. A. Die sexuelle Frage. Volkswirtschaft 5,00 M. Durchsichtung Borntrich, Lindenstraße 3, Laden.

**A. WERTHEIM**  
**Neuanfertigung**  
von Damen-, Herren- und Kinder-Kleidung aus zugegebenem Material in eigenen Werkstätten  
**Umarbeitung**  
von Damen-, Herren-, Kinder-Kleidung und Wäsche aus zugegebenem Material — Umarbeitung in kleinere Größen  
Wenden von Herren-Kleidung  
Umarbeiten von Pelzwaren in andere Fassons  
**Wiederherstellung**  
von Trikotagen und Strümpfen aus zugegebenem Material.  
Ersatz für Hals- u. Handpriesen  
aus 3 Strümpfen 2, aus 2 Socken eine, Paar 75 Pf.  
Die Gegenstände müssen gemaschen und geglättet sein.  
**Annahme zum Reinigen und Umtärben**  
von Kleidungsstücken, Decken, Stoffen, Bändern, Spitzen, Trikotagen usw.